



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

41. Sitzung (öffentlich)

4. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:05 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD) (Vorsitzender)

Matthias Goeken (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanz-
offensive ermöglichen**

3

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5616

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanzoffensive ermöglichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5616

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Ich darf Sie, verehrte Sachverständige, ganz herzlich begrüßen und Ihnen danken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, heute für Fragen zu dem Antrag zur Verfügung zu stehen. Natürlich begrüße ich auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Das Plenum des Landtages von Nordrhein-Westfalen hat auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, dass sich die Ausschüsse mit dem Antrag „Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanzoffensive ermöglichen“ befassen sollten. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung ist federführend. Mitberatend sind die Ausschüsse für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

Wir haben im Mai beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen. Ich darf mich als Ausschussvorsitzender bei Ihnen, den Sachverständigen, dafür bedanken, dass Sie heute dabei sind. Kopien Ihrer schriftlichen Stellungnahmen liegen in der letzten Reihe aus. Die Abgeordneten haben die Stellungnahmen gelesen. Davon können Sie ausgehen. Um 15:30 Uhr beginnt in diesem Saal die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dementsprechend sollten wir vorher fertig sein und den Saal verlassen.

Aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass Sie Ihre Stellungnahmen noch mal wiederholen. Wir starten gleich mit den Fragen der Abgeordneten. Wir halten es üblicherweise so, dass die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Person von Frau Brems beginnen wird. Jede Fraktion kann in der ersten Runde vier Fragen stellen. Danach sind die Sachverständigen mit ihren Antworten dran. Dann sehen wir, wie es mit der zweiten Runde weitergehen. – Frau Brems, Sie beginnen jetzt. Bitte schön.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren Expertinnen und Experten! Herzlichen Dank, dass Sie hierhergekommen sind und wir Sie heute befragen dürfen.

Meine erste Frage geht an die Fachagentur Windenergie. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass für eine umfassende Akzeptanz rein finanzielle Instrumente nur eine von mehreren notwendigen Stellschrauben sind. Sie fordern mehr Transparenz und bessere Kommunikation. Vielleicht könnten Sie ausführen, welche Punkte aus Ihrer Sicht besonders wichtig sind und was die Landesregierung auch kurzfristig tun könnte.

Meine zweite Frage stelle ich drei Personen, und zwar ebenfalls Herrn Sondershaus von der Fachagentur Windenergie, aber auch an den Vertreter des Landesverbandes Erneuerbare Energien und an den Vertreter des BUND. Wir haben gelesen, dass eine

aktuelle Untersuchung der Fachagentur für Windenergie an Land e. V. ergeben hat, dass mehr als zwei Drittel der beklagten Windenergieanlagen wegen Artenschutzfragen beklagt werden. Anscheinend hat sich das in den letzten Jahren verändert. Die Frage ist, worauf Sie die Verschärfung der Konflikte zwischen Windenergie und Naturschutz zurückführen: Ist es zu wenig Dialog? Ist es mangelhafte Planung? Wo gibt es an anderen Stellen Fehler? Woran genau liegt es: Was könnte man daran verändern?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Sehr geehrte Sachverständige, vielen Dank auch von unserer Seite für die eingereichten Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute zur Verfügung stehen.

Frau Dr. Dütschke, Sie schreiben in der Stellungnahme, dass Sie einen Professionalisierungsbedarf hinsichtlich der Beteiligungsverfahren ausgemacht haben. Ich bitte Sie, diesen Bedarf zu erläutern und auszuführen, was aus Ihrer Sicht ein idealtypisches Beteiligungsverfahren wäre.

Sie zielen auf einen noch nicht abschließenden Forschungsstand zur Akzeptanzsteigerung bei Windenergieprojekten ab. Ich bitte Sie, dazu die wesentlichen Erkenntnisse Ihrer bisherigen Arbeit aufzuzeigen.

Herr Nolte, Sie heben in Ihrer Stellungnahme die Bedeutung des Dialogs auf Augenhöhe und speziell den Besuch von Professor Pinkwart und von Landtagsabgeordneten der CDU-Fraktion im Paderborner Land hervor. Können Sie konkret schildern, wie das abgelaufen ist und wie die Reaktionen in der Bürgerschaft waren?

Was bedeutet für Sie eine funktionierende Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen?

Herbert Strotebeck (AfD): Erst einmal möchte ich mich bei den Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen bedanken. Herzlichen Dank dafür. Ich habe zwei Fragen an Herrn Professor Dr. Lüdecke und zwei Fragen an Herrn Dr. Ahlborn.

Herr Professor Lüdecke, wie ist das Verhältnis zwischen den derzeit bestehenden Windkraftanlagen und deren Anteil an der Stromerzeugung? Welcher Bedarf an Windkraftanlagen insgesamt ergibt sich, um den Strombedarf in Deutschland – Nordrhein-Westfalen hat daran einen Anteil von ungefähr 20 % – zu decken?

Welcher Flächenverbrauch ist erforderlich, um 50 % des Strombedarfs mit Windkraft zu befriedigen?

Herr Dr. Ahlborn, inwieweit sehen Sie die Bedenken Ihrer Mitglieder, der Menschen draußen im Land, bei der Planung und dem weiteren Vorantreiben des Ausbaus von Windkraftanlagen berücksichtigt? Werden die Menschen wirklich ernst genommen?

Es gilt mittlerweile als gesichert, dass Windkraftenergieanlagen zu hohen Tierverlusten führen. Leider gibt sich das NRW-Umweltministerium ein bisschen schmallippig dazu und stellt gern andere Gründe in den Vordergrund. Wie beziffern Sie den Schaden, den Windkraftanlagen schon heute anrichten? Worauf müssen wir uns einstellen, falls noch mehr Windkraftanlagen gebaut werden?

Im Moment versucht die Windkraftlobby wohl auch, Einfluss auf den Artenschutz zu nehmen.

Dietmar Brockes (FDP): Auch vonseiten der FDP-Fraktion herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und Ihre Stellungnahmen schriftlich eingereicht haben. – Ich möchte in der ersten Runde zwei Fragen an drei Experten richten, und zwar an Herrn Nolte vom Regionalbündnis-Windvernunft, an Herrn Neumann von der Naturschutzinitiative und an Herrn Dr. Ahlborn von der Bundesinitiative Vernunftkraft.

In dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird ja von einer echten Akzeptanz gesprochen. Wie bewerten Sie das? Sind das die Maßnahmen, die Sie für richtig halten, um Akzeptanz herzustellen, oder welche anderen Anregungen haben Sie?

Zur Biodiversität und zum Erhalt des Artenschutzes: Welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht getroffen werden, um seitens der Politik den Ausbau von Windenergie und den Artenschutz zusammenzubringen?

Frank Sundermann (SPD): Auch im Namen meiner Fraktion danke ich den hier anwesenden Sachverständigen für Ihre Anwesenheit und für Ihre ausführlichen schriftlichen Stellungnahmen. – Ich richte meine zwei Fragen an Herrn Klaus Schulze Langenhorst vom Landesverband Erneuerbare Energien und an Herrn Dr. Bernhard Schaefer vom BDEW.

Kann man durch die Beteiligung von Kommunen die Akzeptanz vor Ort erhöhen? Wie schätzen Sie das aktuell ein? Welche Vorschläge haben Sie, wie diese finanzielle Beteiligung organisiert werden kann? Gibt es dazu Beispiele aus anderen Bundesländern?

Meine andere Frage dreht sich um die Rechtssicherheit. Nach unserem Empfinden ist die Frage der Rechtssicherheit eng mit der Akzeptanz verknüpft. Durch die aktuelle Landesregierung haben wir hier einige rechtliche Veränderungen, zum Beispiel durch den LEP. Herr Schulze Langenhorst und Herr Dr. Schaefer, wie schätzen Sie es ein: Ist Rechtssicherheit durch die jetzt vorgegebene Rahmensetzung für Kommunen, Investoren und Bürger gegeben? Kann dadurch künftig eine Akzeptanzsteigerung erzielt werden?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Damit ist die erste Fragerunde beendet. – Wie Sie mitbekommen haben, sind alle Sachverständigen mit mindestens einer Frage angesprochen worden. Das macht es mir etwas einfacher. Ich fange von mir aus gesehen links an. Dann machen wir der Reihe nach weiter und Sie antworten auf die an Sie gerichteten Fragen. Zunächst antwortet Herr Nolte vom Regionalbündnis-Windvernunft. Bitte schön.

Hubert Nolte (Regionalbündnis-Windvernunft e. V.): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer regionalen Bürgerinitiative aus dem Paderborner Land. Wir durften hier schon

mehrfach Dinge kundtun, die uns am Herzen liegen. Die hier gestellten Fragen treffen genau dort zu.

Ich beginne mit der Frage zum Dialog. Das war für uns eine ganz neue Erfahrung, Herr Dr. Untrieser, die wir bei dem Besuch von Professor Pinkwart im Paderborner Land machen konnten. Das kannten wir so nicht. Für uns Westfalen besteht der Wert eines Dialoges in seiner Intensität und auch in der Sachlichkeit des miteinander geführten Gespräches. Augenhöhe bedeutet natürlich, dass wir uns gegenseitig ernst nehmen und unsere Argumente hören.

Es hat uns sehr positiv überrascht, dass dies bei dem Gespräch sowohl mit dem Minister als auch mit den heimischen Landtagsabgeordneten der Fall war, und zwar in einer Tiefe und Ernsthaftigkeit unter Verzicht irgendwelcher Konfrontationen oder Belehrungen, die normalerweise bei solchen Gesprächen üblich sind und die wir aus solchen Gesprächen schon oft mitnehmen mussten, bis dahin nicht kannten. Das war eine tolle Sache. Dementsprechend waren die Reaktionen der anderen Bürgerinitiativen, die teilgenommen haben. Bei dem Gespräch war eigentlich der gesamte Landesteil Westfalen. Das war sehr, sehr positiv und wurde noch durch Rückfragen gestärkt, die wir seitens des Ministeriums zu einzelnen Fällen, die wir vorgestellt hatten, erhalten haben. Wir haben dabei Knackpunkte aufgezeigt, an denen es aus unserer Sicht hakt. Das ist ein weiterer Punkt, sodass wir erst mal mehr als zufrieden waren.

Natürlich blieben Dinge offen. Dieser Dialog kann nur ein Anfang sein, der auf diesem Gesprächsniveau fortzuführen ist. Das sollte man auch in andere Regionen von NRW tragen. Das ist für eine funktionierende Bürgerbeteiligung wichtig, weil das auch weitergegeben wird.

Wir haben Mindestforderungen gestellt, die zum Teil mit ersten Schritten im LEP umgesetzt worden sind. Das geht uns in der einen oder anderen Frage noch nicht weit genug, aber das liegt einfach an der Sache selbst.

Grundsätzlich war das etwas Besonderes, das wir in der Form noch nicht kannten. Bisher kannten wir nur, dass Unterschriften abgegeben wurden usw. Die alte Landesregierung hat uns zwar mal eine Fachkraft zur Seite gestellt, um unsere Fragen zu beantworten. Das war natürlich förderlich. Aber ein Argumentationsaustausch oder eine Berücksichtigung der Dinge gab es bis dato nicht. Das war jetzt erstmals der Fall und war natürlich sehr positiv.

Wie sehen wir eine funktionierende Bürgerbeteiligung? Wir haben in 20 Jahren Bürgerbeteiligung in unserer Region die Erfahrung machen müssen, dass es eine Scheinbeteiligung war. Argumente wurden gehört, aber nicht berücksichtigt, immer unter dem Primat, dass man seitens der Kommunen rechtssichere Planungen machen muss.

Immer wieder gehen in den laufenden Planungsverfahren in Nordrhein-Westfalen zig Hunderte von Einwendungen ein. Ich kenne schon den Vordruck, in dem sinngemäß steht: Das wird zur Kenntnis genommen, aber wir können nicht darüber entscheiden, bzw. es unterliegt aufgrund der erforderlichen Planungssicherheit keiner weiteren Diskussionswürdigkeit. – Das hat zu Frust, zu Unverständnis und damit auch zu einer Abnahme der Akzeptanz geführt.

Für uns setzt eine funktionierende Beteiligung, die wirkliche Einbindung der Bürger in den gesamten Planungsprozess voraus. Das heißt, sie sind von Beginn an zu informieren und mitzunehmen. Dabei spielen Offenheit und Wahrheit im Umgang zwischen Politik, den Planern, den Verwaltungen und den Bürgern für uns die wichtigste Rolle. Der Bürger muss diesen Abwägungsprozess, der ja Grundlage für so eine Flächennutzungsplanerstellung ist, verstehen können, er muss ihn nachvollziehen können. Er sollte im besten Fall auch das letzte Wort haben. Das ist eine Forderung, die wir immer wieder hören. Beispiel Bürgerentscheid. Man lässt die Leute mitentscheiden. Es gibt nicht die absolute Verweigerungshaltung, die immer wieder angeführt wird, sondern dieser Abwägungsprozess muss eben mit der Bürgerschaft vor Ort getroffen werden. Das setzt natürlich Rechtssicherheit voraus, was diese ganzen Planungsvorgaben angeht. Der Begriff „substanzieller Raum“ ist da sicherlich nicht von Vorteil. Voraussetzung ist, dass die Kommunen die Planungssicherheit vollständig zurückerhalten, so dass auf der Ebene entschieden werden kann. So ist Bürgerbeteiligung machbar.

Herr Brockes hat nach echter Akzeptanz gefragt und wollte wissen, ob die angeführten Maßnahmen richtig sind. Ich habe eben angesprochen, die Leute müssen es nachvollziehen können, sie müssen mit eingebunden werden. Es geht nicht darum, sie finanziell zu beteiligen. Das ist sicherlich ein Punkt, der sowieso seit vielen, vielen Jahren geübte Praxis ist. Es geht vielmehr darum, dass sie verstehen, was gemacht wird. Da spielen die Anzahl der Anlagen, die Abstände und andere Dinge wie Naturräume und Artenschutz eine wichtige Rolle.

Sie fragten nach Biodiversität und dem Erhalt des Artenschutzes. Wir erleben derzeit, dass man Stimmung gegen Naturschutzverbände macht, die Artenschutz einfordern. Wir halten den Artenschutz genauso wie unsere Bürgerrechte für nicht diskutierbar. Sie sind extra eingeführt worden, um die Arten zu schützen. Wir haben das Problem. Im Kreis Paderborn waren es im letzten Jahr 18 Schlagopferzufallsfunde. Das kann man nicht einfach wegdiskutieren.

Weil man sagt, dass es eine Klageflut der Verbände und der Anwohner gibt, möchte ich Ihnen ein aktuelles Beispiel aus dem Kreis Paderborn nennen. Wir hatten immer etwa 50 Klageverfahren, davon kaum eine von Anwohnern und bis jetzt keine von Naturschutzverbänden. Es waren also immer die Investoren und Betreiber, die gegen Auflagen oder Ablehnungen geklagt haben. Stand gestern haben wir 39 Verfahren im Kreis Paderborn. Eigentlich sind es 37, weil es einen Windpark mit zwei Genehmigungen gibt. Darunter sind zwei Anwohnerklagen und eine Gemeindeclage sowie ganz frisch der NABU NRW. Die übrigen Klagen stammen von Betreibern. Das ist ein probates Mittel. Seit Beginn der Aufstellung von Flächennutzungsplänen Anfang 2000 wird gegen alles geklagt. Hier wird ein komplett falsches Bild vermittelt. Das ist auch ein Problem, was die Akzeptanz vor Ort angeht. Es sind nicht die Anwohner und es ist nicht der Artenschutz. Das ist eigentlich viel zu kurz gekommen. Wenn man das – wie jetzt gefordert – aufweichen sollte, ist es ein Schritt in die falsche Richtung.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Nolte.– Einen Hinweis möchte ich an die Sachverständigen geben: Versuchen Sie bitte, kurz zu antworten. Wir haben neun Sachverständige. Wenn jeder fünf Minuten spricht, wissen Sie, wie viel Zeit wir

insgesamt benötigen. – Als Nächstes spricht für das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung Frau Dr. Dütschke.

Dr. Elisabeth Dütschke (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI): Sie hatten mir zwei Fragen gestellt, Herr Dr. Untrierer, einmal nach dem Professionalisierungsbedarf bei der Partizipation bei Windkraftanlagen und einmal nach dem aktuellen Forschungsstand aus Akzeptanzsicht. Ich möchte die Fragen in der umgekehrten Reihenfolge beantworten.

Zum aktuellen Forschungsstand: Über die Jahre sehen wir immer wieder, dass die Energiewende und die Windkraft als Teil der Energiewende auf nationaler Ebene nach wie vor große Unterstützung haben. Das führt zum nächsten Punkt. Wenn die Energiewende im Sinne des Umbaus des Energiesystems, des Stromsystems gewollt ist, gibt es bisher wenig Alternativen zu einem substanziellen Ausbau der Windkraft. Schwieriger ist das Thema natürlich auf lokaler Ebene. Das hat sicher verschiedene Gründe.

Dass wir im Vergleich zu Kern- oder Kohlekraftwerken vergleichsweise geringere Strommengen mit Einzelanlagen für erneuerbare Energien erzeugen können, hat zur Folge, dass wir sehr, sehr viele Standorte finden müssen. Das potenziert erst einmal die möglichen Konfliktorte. Gleichzeitig entsteht nach wie vor ein großer Anteil der Anlagen in einem relativ harmonischen Prozess vor Ort. Eine größere Anzahl ist aber auch konfliktär.

Die großen Einwände aus Sicht der Bevölkerung betreffen die visuelle Beeinträchtigung, zum Teil auch Geräusche und Schattenschlag, also einfach das Vorhandensein, das als schwierig und belastend wahrgenommen wird. Die subjektive Belastung ist von einer ganzen Bandbreite an Faktoren geprägt. Das ist natürlich zum einen die objektive Belastung: Wie groß sind die Windräder? Wie groß sind die Rotoren? Wie weit ist das von meinem gewöhnlichen Aufenthaltsort weg? Wie ist das mit der Himmelsrichtung? Wie ist die landschaftliche Ausprägung? – Es kann ja ganz unterschiedlich sein, wie beeinträchtigend das ist.

Zum anderen spielen subjektive Faktoren eine Rolle, also beispielsweise die Einstellung zur Windkraft. Wir haben einfach Unterschiede zwischen Personen. Manche sind deutlich sensibler als andere. Wir sehen auch enge Zusammenhänge mit der Verbundenheit der Region. Personen, die sich einer Region weniger verbunden fühlen, haben in der Regel neutralere Einstellungen und Meinungen. Personen, die sich sehr verbunden fühlen, haben stärkere Einstellungen. Das heißt nicht, dass sie notwendigerweise dafür oder dagegen sind. Aber in der Regel haben sie eine stärker ausgeprägte Meinung oder sehen stärkere Schutzbedürfnisse für die Region. Das Schutzbedürfnis kann darin bestehen, Anlagen im Sinne der Energiewende zu befürworten, aber auch, sie als Eingriff zu empfinden.

In der Forschung wird häufig von dem Nimby-Effekt gesprochen, der unterstellt, die Leute seien zwar für die Energiewende, möchten aber weder dafür zahlen noch sie sehen. Das ist definitiv viel zu vereinfachend.

Eines spielt sich sehr stark lokal ab. Personen oder Organisationen vor Ort haben eine viel tiefere Kenntnis ihrer Region und schreiben teilweise ganz andere Bedeutungen zu. Manche davon lassen sich über Themen wie Naturschutz sehr gut erfassen und objektivieren. Anderes ist wieder subjektiv in der Historie begründet, weil es zum Beispiel lokale besonders wichtige Ausflugs- und Erholungsorte sind. Das kann die Einschätzung zu Recht verschieben.

Sie fragten nach dem Professionalisierungsbedarf. Unsere Aussage dazu hat sich mehr auf die Betreiber bezogen. Das haben wir uns mal genauer angeschaut. Es war allerdings eine Studie, die sich auf ganz Europa bezogen hat. Wir haben daraus ersehen, dass das sehr unterschiedlich gut funktioniert. Es gibt sehr, sehr viele Empfehlungen und Handreichungen, wie man idealerweise Partizipationsverfahren oder Kommunikation und Information rund um entsprechende Projekte betreibt. Die werden aber im Bereich der Windkraft noch relativ wenig genutzt. Das ist sicherlich unterschiedlich. Es gibt auch Gegenbeispiele. Aber teilweise werde kaum Ressourcen oder ein Budget dafür vorgesehen. Man reagiert eher, wenn es Schwierigkeiten gibt, statt vorausschauend und frühzeitig einzubinden.

Das führt zu der Frage, wie man in einer idealen Welt vorgehen würde. Es gibt natürlich nicht das Schema F, weil die lokalen Bedingungen und die einzelnen Projekte sehr, sehr unterschiedlich sind. Wir haben es mit unterschiedlichen Akteursgruppen zu tun. Einige Grundprinzipien hatten Sie gerade genannt. Tendenziell gelingt die Umsetzung besser, wenn Transparenz und Information stattfinden, wenn das Ganze frühzeitig beginnt – nicht erst, wenn die Genehmigung da ist oder schon mit dem Bau begonnen wird, sondern schon dann, wenn es um die Flächennutzungen geht.

Information ist aber erst mal einseitig. Information ist schon mal gut und mehr als der klassische Standard. Es bedeutet aber auch, ich bekomme etwas, kann aber noch nicht nachfragen oder mitverhandeln. Das sind die anderen Stufen, die helfen können, um für eine bestimmte Anlage zu einer Entscheidung zu kommen.

Wenn man Dialog oder Mitentscheidungen anbietet, muss das ernst gemeint sein, sonst ist das in der Regel einfach nur kontraproduktiv und kann sehr, sehr dauerhaft und für andere Projekte eher zu Schwierigkeiten führen. Mitentscheidung bedeutet, verfahrensoffen zu sein. Es kann bedeuten, dass gebaut wird oder nicht gebaut wird.

Klaus Schulze Langenhorst (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e. V.):

Ich versuche, mich so kurz wie möglich zu fassen, wenngleich das nicht ganz einfach ist, da ich drei Fragen zu beantworten habe. Ich möchte mit den beiden Fragen von Herrn Sundermann beginnen. Das schließt nahezu an die Vorredner an.

Wir in der Projektentwicklung können reden, wie wir wollen. Wenn wir den Leuten nicht die Vorteile vor Ort klarmachen können, werden wir niemals Akzeptanz erreichen. Das wird nicht funktionieren. Leute müssen sehen, dass sie etwas anderes davon haben als eine Belastung. Sie können versuchen, den Prozess optimal mit Kommunikation, mit Veranstaltungen und anderen Sachen aufzusetzen, aber wenn jemand jahrzehntelang in der Region wohnt, möchte er am liebsten, dass alles so bleibt, wie es ist.

Wenn Sie sich entsinnen, gab es 15 bis 20 Jahre zuvor enorme Proteste gegen Mobilfunkmasten und Handys. Das war eine sehr kritische Stimmung, insbesondere gegen solche Masten. Heutzutage hört man nichts mehr davon. Warum ist das so? Das Handy ist für uns unabdingbar geworden, es ist Lebensbestandteil geworden. Wie soll man sich gegen die Masten aufregen, wenn man ohne sie kein Netz hat? Deswegen wird eine Person, die dagegen ist, sofort untergebuttert.

Wie überträgt sich das auf die Windenergie? Ganz genauso. Diese Modelle werden diskutiert und müssen auch diskutiert werden, weil wir es nicht schaffen, indem wir nur Landwirten, die die Grundstücke zur Verfügung stellen, einen Vorteil geben. Dann geistern enorme Pachten im Raum herum. Da wird teilweise von 50.000 Euro oder 100.000 Euro gesprochen. Damit schaffen Sie natürlich nur Neid und niemals Akzeptanz. Das ist ein No-Go. Hier müssen wir also Instrumente schaffen. Brandenburg hat das mit dem sogenannten Windeuro gemacht und gesagt, die Gemeinde muss 10.000 Euro pro Anlage bekommen. Das ist eine Möglichkeit. Wir sagen eigentlich, ein bis zwei Prozent der Erträge einer Windenergieanlage müssen in irgendeiner Form in den kommunalen Haushalt fließen. Das darf möglichst nicht versickern, sondern muss den Leuten zuteilwerden.

Ein gutes Beispiel aus Paderborn wurde gerade genannt. Wir hatten letztes ein Gespräch mit Bürgermeister Hartmann aus Lichtenau. Lichtenau hat 200 Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet und eine überwiegende Akzeptanz. Warum? Weil den Leuten dargestellt wird, sie bekommen einen Shuttle, sie bekommen einen Busverkehr nach Paderborn, sie bekommen das hin, die Baugebiete werden vollgezogen. Warum? Weil die Leute dann einen Vorteil aus dem Gemeindehaushalt oder in dem Gemeindehaushalt sehen. Wie wir hörten, kommen dann schnell 4 Millionen Euro im Jahr aus Gewerbesteuer und aus anderen Anteilen den Gemeinden zugute. Das ist natürlich ein Argument. Dann sagen die Leute, sie haben im Außenbereich Vorteile und sind nicht nur abgehängt.

Das müssen wir den Leuten in einem zweiten Instrument – eben nicht nur in Form der kommunalen Abgabe – darstellen. Das Einzige, was ebenso wichtig ist wie ein solches Handy, ist Strom zum Laden des Handys, des Autos und zum Beispiel der Wärmepumpe im Haushalt. Die Leute bekommen mit, dass Strom in Zukunft immer elementarer wird, weil Öl, Gas und Kohle zurückgehen. Da muss den Leuten ein Vorteil durch vergünstigte Strompreise vermittelt werden, zum Beispiel durch den Erlass oder teilweisen Erlass der Stromsteuer oder durch den Erlass der EEG-Umlage. Es geht nicht um eine Entsolidarisierung, wie es so schön heißt und wie es mal in einer Diskussion um PV der Fall war, sondern es geht darum, den Leuten vor Ort, die eine Belastung in welcher Form auch immer ... Eine Belastung ist es immer, ob visuell, akustisch oder auf andere Art. Wenn man es mit geeigneten Modellen schafft, dies den Leuten klarzumachen, bin ich sehr sicher, dass wir sehr gut in einer Bürgerversammlung auftreten können und auch Akzeptanz bekommen. Gerade im ländlichen Raum kann man durch Glasfaser und andere Dinge eine Menge Akzeptanz schaffen. Da gibt es die verschiedensten Möglichkeiten. Wir haben das in unserer Stellungnahme kurz angerissen. Aber es bedarf der Ausarbeitung von Modellen. Dann gehen wir in diese Veranstaltungen und sind sicher, die Flächen abseits der Abstandskriterien umgesetzt bekommen.

Diese 1.500 m, die im LEP festgesetzt wurden, machen den Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen kaputt. Das ist einfach so. Die Landesregierung ziert sich ja immer noch mit der Fertigstellung der Studie, ob dann immer noch Windenergieausbau möglich wäre. Ich habe sie noch nicht gesehen. Ich sehe auch nicht, dass sie zu einem positiven Ergebnis kommen kann. Selbst das Repowering einer Windkraftanlage bedarf eines komplett neuen Genehmigungsverfahrens unter Einbeziehung aller anderen Aspekte wie Artenschutz usw. Jetzt müssen Sie bedenken, die Anlagen waren früher kleiner. Die Entfernung betrug oftmals 300 m. Bei den größeren Anlagen bis 250 m Gesamthöhe sind wir allein schon bei der optisch bedrängenden Wirkung ... Wenn wir sagen, wir wollen den zwei- bis dreifachen Abstand einhalten, brauchen wir keine höhere Mathematik, um zu wissen, dass wir schon bei weit über 500 m Abstand liegen. Das heißt, die alten Standorte werden dann nicht mehr bebaubar sein. Das sind also alles Neuverfahren.

Mit 1.500 m werden Sie das nicht schaffen. Jetzt haben wir das Problem der Rechtsicherheit. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden alleine gelassen. Das sagen viele Kommunen auch. Warum? Sie müssen den substanziellen Raum darstellen. Das kann man aber nicht bei 1.500 m. Im LEP steht, soweit der substanzielle Raum weiterhin gegeben ist, kann man die 1.500 m ansetzen, ansonsten nicht. Sonst kippen die Flächennutzungspläne in den Kommunen leider, wie es jetzt reihenweise der Fall ist, weil dem substanziellen Raumerfordernis nicht Genüge getragen wird. Das liegt ungefähr bei 10 % der verfügbaren Außenbereichsflächen. Das als kleine Hausnummer dazu.

Wenn man den Gemeinden seitens der Politik von oben sagt: „Das ist nicht notwendig, wir haben genug Platz, wir haben genug Raum“, dann können Sie sich vorstellen, wie schwer es ein Bürgermeister vor Ort hat. Ich möchte nicht unbedingt in der Situation stecken. Hier bedarf es eines ganz klaren Bekenntnisses von oben, dass wir den Windenergieausbau benötigen, oder einer Alternative, wie wir Strom bekommen. Das ist eine ganz, ganz entscheidende Sache. So viel zur Rechtssicherheit und dem substanziellen Raum. Solange sich das nicht bundesgesetzlich ändert, hat eine Gemeinde nach Bundesrecht zu arbeiten und muss den Wald, aber auch die Abstände nach Lärm und der optisch bedrängenden Wirkung berücksichtigen.

Die letzte Frage betraf den Artenschutz. Das ist das, was heute wahrscheinlich auch noch mal auf uns zukommen wird. Warum hat sich das hochgeschaukelt? Ich persönlich plane seit mittlerweile 23 oder 24 Jahren Windkraftanlagen, habe also diesbezüglich eine recht breite Erfahrung. Artenschutz gehört nicht unbedingt zu meinen Nebenthemen, sondern zu den Hauptthemen. Wie hat sich das entwickelt? Die Anzahl der Arten auf der Roten Liste nimmt immer mehr zu. Der Rotmilan hat im Bestand zugenommen. Wir haben mittlerweile deutlich mehr Brutpaare als vor 5, 10 oder 20 Jahren. Das ist der eine Punkt. Insbesondere eine andere Art, nämlich der Uhu, hat auch enorm in der Population zugenommen. Gleiches gilt für den Wanderfalken. Das sind verschiedene Arten, die mittlerweile schon von der Roten Liste runtergenommen wurden, weil sie sich so stark und gut vermehrt haben.

Wie kann das sein, wenn die Windkraftanlagen wirklich so viele Rotmilane zu Tode kommen lassen? Wie viele sind durch den Autoverkehr oder durch Waschbären – er

hat mittlerweile einen höheren Einfluss auf die Rotmilan-Dezimierung als die Windenergie – zu Tode gekommen? Die aktuelle Studie der Fachagentur Windenergie ist in den letzten Tagen herausgekommen. Sie besagt, trotz eines hohen Ausbaus der Windenergie in Paderborn geht es dem Rotmilan dort gut. Paderborn kann man wirklich als eine Schwerpunktregion für Windenergieanlagen bezeichnen. Wenn es dem Rotmilan da trotzdem gut geht und die Population zunimmt, muss man darüber nachdenken, ob dem wirklich so ist. Ergebnis der Studie war, es ist kein Nachweis zu führen, dass die Windenergie Einfluss darauf hätte. Der Rotmilan ist aber weiterhin eines der Tiere, die insbesondere sehr gern von den Bürgerinitiativen gesucht werden. Wenn eine Genehmigung in einem Verfahren erteilt werden soll, heißt es oft: Wie kann ich am besten eine Windkraftanlage verhindern? Wir finden mal irgendwo eine Art, die in der Region ansässig ist. – Dann regen sich oftmals die Förster auf, weil plötzlich viele, viele fremde Leute durch den Wald herumgeistern und versuchen, Fotos zu machen. Letztens war noch bei „Monitor“ zu sehen, wie Vernunftkraft agierte und dann alle Leute den Rotmilan suchten.

Damit müssen wir uns im Genehmigungsverfahren abschließend auseinandersetzen, weil man sich mit jedem Hinweis auseinandersetzen muss. Da werden Nachtragsuntersuchungen gefordert, Raumnutzungsanalysen gefordert, all das, was schnell schon mal ein Jahr kostet. Der Untersuchungsaufwand wird immer größer; denn seitens des Arten- und Naturschutzes werden mehr und mehr Untersuchungen verlangt.

Mein Appell ist, endlich mal Gesetze auf den Weg zu bringen, in denen alle Untersuchungen, die wir mittlerweile für Millionen von Euro in Deutschland ausgeführt haben, zentralisiert und ausgewertet werden. Wir kommen damit leider nicht durch, weil es immer wieder Hemmnisse vom Bundesumweltministerium und von anderen gibt. Wir sind gern bereit, all diese Studien als Grundlage für eine Metastudie zur Verfügung zu stellen bzw. diese auch zu machen und ein Ergebnis daraus zu akzeptieren. Rein wissenschaftlich gesehen haben wir einfach nicht den Nachweis, dass das dem Artenschutz wirklich so gefährlich wird, ob es das Insektensterben ist oder ob eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, auf die die Naturschutzverbände schon unisono geantwortet haben. Es sollte eine wissenschaftliche Grundlage erarbeitet werden und dann ernsthaft in den Naturschutzverbänden von der Spitze bis zur Basis kommuniziert werden: Es ist nicht so schlimm.

Abschließend kann ich die Naturschutzverbände an der Basis verstehen. Bei ihnen geht wirklich jede Art verloren, ob es der Kiebitz ist, ob es das Feldhuhn ist, ob es die Lerche ist. Die werden weniger, aber es sind nicht die Windkraftanlagen, die das machen. Das muss man einfach berücksichtigen. Je mehr wissenschaftliche Grundlagen wir haben, umso besser können wir diesen Beweis antreten.

Dr. Bernhard Schaefer (BDEW e. V., Landesgruppe Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich versuche, mich wirklich kurz zu fassen. Ein einleitender Satz sei mir aber erlaubt. Das Thema „Akzeptanz“ können wir so langsam alle nicht mehr hören, wenn ich das so offen sagen darf. Wir brauchen es aber; denn für jede Windkraftanlage, die wir nicht bauen und nicht durch

Solarenergie ersetzen können, brauchen wir Gaskraftwerke, wenn wir aus der Kohle und aus der Kernenergie aussteigen – und das ist mehr oder weniger gesetzt.

Gas will aber auch keiner. Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, können wir nicht en masse Gaskraftwerke bauen und die ganze Zeit laufen lassen. Also führt an dem Thema leider kein Weg vorbei. Man sieht die Nachteile. Man muss die Diskussion wirklich ernst nehmen, aber wir müssen echte Akzeptanz finden.

Herr Sundermann hatte mir zwei Fragen gestellt. Die erste Frage drehte sich darum, inwieweit eine finanzielle Beteiligung von Kommunen die Akzeptanz vor Ort erhöhen kann. Kann sie das? Aus unserer Sicht ja. Sie ist allerdings sicherlich nur ein Element. Das ist keine Frage. Ich reise als BDEW-Vertreter relativ viel durch NRW und spreche mit kleinen Stadtwerken in der Fläche und mit Bürgermeistern von Mitgliedskommunen. Da hört man in der Tat häufiger Unmut darüber, dass Gewerbesteuer nicht in der Standortgemeinde anfällt. Die Bürger kritisieren, dass der große Landwirt im Dorf die Pachtentgelte bekommt und sonst niemand. Das ist natürlich ein Thema.

Heute ist von uns zusammen mit einer Reihe anderer Verbände ein sogenannter Zehn-Punkte-Plan veröffentlicht worden. Es sind viele grüne Verbände dabei, allerdings auch der VDMA. Es geht dabei darum, wie wir den aktuellen Einbruch bei der Windkraft in den Griff bekommen.

Es wird eine bundesweit einheitliche Standortabgabe vorgeschlagen, die regelmäßig anfällt. Es handelt sich also nicht um einen Einmaleffekt. Sie sollte der Standortkommune zugutekommen, aber auch die Anrainerkommunen sind nach einem zu definierenden Schlüssel zu beteiligen; denn auch diese sind betroffen.

Wie ermittle ich diese Abgabe? Das sollte möglichst einfach erfolgen. Wir wollen keine zusätzliche Bürokratie, wir wollen keine zusätzlichen Streitpunkte. Das sollte man auf Basis relativ einfach zu bestimmender Anlagenparameter festlegen.

Wichtig ist, wenn ich über Akzeptanz rede, dass das sichtbar wird und bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Ich würde es nicht so interpretieren, dass ich mit einer solchen Abgabe Bürger kaufe. Das kann man natürlich so darstellen. Aus meiner Sicht kann man auch einfach sagen, man teilt den Ertrag, der bei den Anwohnern auch zu Kosten führt, fairer auf.

Weitere Elemente sind die frühzeitige Beteiligung, sind ein echter Dialog. Da schließe ich mich an das an, was Herr Nolte gesagt hat.

Jenseits aller Debatten muss man funktionierende Maßnahmen finden. Da gilt es, einfach mal Dinge auszuprobieren. Wir haben jetzt ein Problem. Wir haben jetzt einen massiven Einbruch, natürlich auch aufgrund einer Reihe anderer Gründe. Wir müssen einfach ein paar Dinge ausprobieren – auch auf Bundesebene. Wenn das nicht funktioniert, probiert man was anderes. Aber wir können nicht ewig debattieren.

Die zweite Frage bezog sich auf die Rechtssicherheit von Kommunen im Kontext des neuen LEP. Ich muss die Ausführungen von Herrn Schulze Langenhorst nicht großartig zu ergänzen. Nur so viel: Wenn ich als Kommune den LEP bewusst oder unbewusst missverstehe und vieles als rechtsverbindlich interpretiere, agiere ich natürlich nicht

rechtssicher. Das ist das Thema „Windvorrangflächen in Regionalplänen“. Die Regionalpläne in Münster und Düsseldorf sind rechtsverbindlich und weisen Vorranggebiete aus. Die sind natürlich zu berücksichtigen. Die 1.500 m sind natürlich kein verbindliches Ziel. Das haben wir alle schon ganz häufig gesagt und diskutiert. Auch der Wald ist kein hartes Tabu.

Wenn ich als Landesregierung sage, ich möchte die installierte Windenergieleistung bis 2030 verdoppeln, dann muss ich das erst mal in den Grenzen des aktuellen LEP tun. Er macht die Sache nicht einfach. Das funktioniert nur, wenn man genau diese Punkte noch mal offen und ehrlich in einem Dialog ausspricht. Sonst funktioniert das sicher nicht. Es schafft eher Frust, wenn der Bevölkerung suggeriert wird, wir haben knallharte Waffen gegen die Windenergie gefunden, diese dann aber nicht funktionieren und wir Windenergie bauen müssen, weil wir Kohle nicht anders ersetzen können. Kohleausstiegsgesetze werden gerade geschrieben. Sie sind dann Gesetz.

Harry Neumann (Naturschutzinitiative Nordrhein-Westfalen e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich versuche, mich kurz zu fassen. Es ist wirklich schwierig, deswegen werde ich das zum Teil stichwortartig machen. Unsere Position ist in der Stellungnahme ausführlich dargelegt.

Lassen Sie mich ein paar Vorbemerkungen machen. Wir sind ganz sicher, wenn die Privilegierung wegfällt und das EEG gestrichen wird, hätten wir eine völlig neue Situation. Es würden auf einmal kreative Kräfte frei, die wir noch gar nicht kennen.

Wir wollten einmal eine dezentrale Energiewende. Wir wollten, dass die Bürger in ihrer Energieversorgung möglichst autark sind. All das findet weitgehend nicht statt.

Wenn wir von einer Akzeptanzoffensive sprechen oder der Antrag von Akzeptanzoffensive spricht, stellt er die Windenergie als alleinseligmachendes Mittel hin. Er stellt aber nicht die Systemfrage. Unseres Erachtens muss sich die Windenergie einer kritischen Würdigung unterziehen. Welche Auswirkungen hat dieser Eingriff in unsere Landschaften und unsere Lebensräume? Welche Eingriffe sind damit für die Biodiversität verbunden? Der Rotmilan ist beispielsweise auf einem rapiden Sinkflug. Er nimmt nicht zu, er nimmt ab.

Viele Arten sind Flaggschiffarten, die in den vergangenen Jahrzehnten nach oben gekommen sind, nicht wegen der Windenergie, sondern weil sie durch naturschutzfachliche Maßnahmen, durch eine veränderte und naturnähere Waldbewirtschaftung gefördert worden sind. Überall dort, wo die Windenergie in Wäldern massiv Raum greift, brechen die Arten weg. Wenn die Kernlebensräume der Arten wegbrechen, ist das dramatisch. Die Fachwissenschaftler sprechen mittlerweile nicht nur davon, dass es zu einem Artensterben kommen kann, sondern davon, dass es zum Verlust ganzer Lebensräume kommen kann.

Es ist ja nicht so, dass wir keine Windenergieanlagen in Deutschland hätten. Wir haben ca. 30.000 Anlagen. Warum sind 30.000 Anlagen gemeinsam mit Photovoltaik nicht in der Lage, uns mit Energie zu versorgen? Wir haben eine installierte Leistung von ungefähr 108.000 MW. Wir brauchen in den Spitzenzeiten etwa 70.000 MW bis 80.000 MW. Es ist kein Problem der Windenergie, sondern der Speicherung. Es muss

viel mehr Geld in Energiespeicherung gegeben werden, damit sich die Menschen dort, wo sie wohnen, möglichst autark mit Energie versorgen können.

Vor Kurzem ist vom NABU eine Metastudie mit dem interessanten Satz erschienen, dass man nicht so einfach aus der Kohleverstromung aussteigen kann. Ich war sehr erstaunt über diesen Satz. Aber dann wird mit verschiedenen anderen Möglichkeiten, die ganz einfach nicht betrachtet werden, nämlich einem vielfachen Punkteprogramm, mit einem kriterienbasierten Vergleich, wie ein naturverträglicher Klimaschutz aussehen könnte ... Punkte wie beispielsweise eine stärkere Nutzung von Photovoltaik zu Ungunsten von Windenergie ist in unseren Augen einer der wesentlichen Punkte. Auch die Photovoltaik ist in Anbetracht des Ressourcenverbrauchs in anderen Ländern und der sozialen Verhältnisse kritisch zu hinterfragen. Es gibt auf dieser Erde keine Eingriffe ohne Auswirkungen.

Deswegen müssen wir einen Weg finden – vielleicht sind wir uns in dem Punkt alle einig –, um die Eingriffe so gering wie möglich zu halten. Das ist derzeit beim Ausbau der Windenergie nicht der Fall. Deswegen begrüßen wir vor allen Dingen die Änderungen im Landesentwicklungsplan in Nordrhein-Westfalen zum Wald ausdrücklich, hätten uns allerdings gewünscht, dass es auch ein Ziel gewesen wäre.

Die Akzeptanz ist einer der Punkte, zu denen gefragt wurde. Womit hängt es zusammen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung erheblich nachlässt? Das ist von Frau Dr. Dütschke eben schon mal gesagt worden. Wenn Menschen unmittelbar betroffen sind, fühlen sie sich viel stärker beeinträchtigt.

Womit hängt die mangelnde Akzeptanz zusammen? Sie hängt mit der Zerstörung von Landschaften zusammen, also dem, was wir Heimat nennen und mit dem sich die Menschen identifizieren, mit Schäden an der Biodiversität, mit mangelhafter Effizienz von Windenergieanlagen. Schauen Sie sich das Ergebnis der Volllaststunden an. Es gibt keine Speichermöglichkeiten. Obwohl die Energie in den Spitzenzeiten da ist, kann sie einfach nicht aufgefangen werden.

Gutachten sind angesprochen worden. Aus naturschutzfachlicher Sicht sind das keine Gutachten, sondern Ermöglichungspapiere. Selbst in den konfliktreichsten Gebieten wird versucht, mit allen möglichen sogenannten Ausgleichs- oder Kompensationsmaßnahmen Anlagen möglich zu machen, die eigentlich gar nicht möglich sind.

Der zweite Punkt betraf die Windenergie und die Biodiversität. Eine Vorbemerkung dazu: Es ist nicht Aufgabe eines Industriezweiges, die staatlichen Gemeinwohlaufgaben zu finanzieren. Wir betrachten diesen Vorschlag der sogenannten Akzeptanzsteigerung als Ablasshandel, weil der Staat dafür zuständig ist, seine Bürger mit den Gemeinwohlaufgaben zu versorgen. Nicht die Windlobby ist dafür zuständig, Feuerwehrautos oder Personal in Kindergärten zu finanzieren.

Der Artenschutz kann nur gewährleistet werden, wenn wir eine verbindliche Raumordnung für die Biodiversität haben. Das bedeutet, bestimmte Flächen werden verbindlich für die Errichtung von Industrieanlagen – übrigens jeglicher Art und nicht nur von Wind – freigehalten: beispielsweise die europäischen Schutzgebiete, beispielsweise Wälder, Vogelschutzgebiete und vor allen Dingen – was immer wichtiger wird – die Kernlebensräume zumindest der streng geschützten und FFH-Arten. – Es ist eben

nicht so, dass ein Schwarzstorch durch einen Verkehrsunfall ums Leben kommt. Er kommt durch Störungen in seinem Brutbereich ums Leben und nicht durch den Autoverkehr. Was den Vergleich mit anderen Vogelarten angeht, so muss man viel differenzierter vorgehen. Die Populationen beim Rotmilan und auch beim Mäusebussard sind gefährdet, wie die Studie von „Grünkorn et al“ herausgestellt hat. See- und Schreiadler sind in höchster Gefahr. Nicht nur Arten sind gefährdet, sondern eben auch Lebensräume.

Abschließend komme ich zur mangelhaften Akzeptanz der Windenergie. Es gibt kaum noch Wochen, in denen wir nicht über verdeckte und gezielte Vergrämungen im Horstbereich, Störungen, Horstbaumfällungen, Tötungen, Vergiftungen, das Abschießen von streng geschützten Arten bis hin zu anderen kriminellen Handlungen und fehlendem Nestschutz informiert werden. Das sind alles Dinge, die nicht zur Akzeptanzförderung beitragen.

Unser Appell ist, dass der Gesetzgeber Maßnahmen ergreift. An Standorten, an denen mit kriminellen Handlungen versucht wird, Anlagen möglich zu machen, dürfen über einen langen Zeitraum keine Anlagen mehr möglich sein.

Wir müssen den Schutz des Klimas, den Schutz der Atmosphäre und den Schutz der Biosphäre zusammendenken. Man darf nicht das eine gegen das andere ausspielen. Der Klimaschutz ist nur ein Teil der sogenannten Planetary Boundaries. Es gibt viele Planetary Boundaries, die bereits überschritten sind. Zwei der ökologischen Belastungsgrenzen dieser Erde, die schon lange überschritten sind, sind der Verlust an Biodiversität und die Auswirkungen der Landwirtschaft mit ihrem Pestizidansatz. Diese Aspekte werden einfach zu wenig betrachtet. Man bezieht sich zu einseitig auf das Thema „Windenergie“ als die Lösung aller Probleme. Wir müssen systemischer und technologieoffen denken.

Klaus Brunsmeier (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., Landesverband Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Stellungnahme des BUND liegt Ihnen vor.

Vorbemerkung: Die Wälder sterben, die Wälder brennen, die Äcker verdorren, die Wiesen verdorren und die Bäche sind leer. Die Klimakrise ist die größte Herausforderung, vor der wir stehen. Dafür brauchen wir energetische Lösungen; denn das ist das größte Problem, das den Artenschutz im Moment betrifft.

Wenn wir uns die aktuelle Diskussion in Nordrhein-Westfalen und die aktuellen gesetzlichen und landesplanerischen Entwicklungen anschauen, dann sind sie eigentlich ein bisschen aus der Zeit gefallen, weil sie gar nicht mehr die aktuelle gesellschaftliche Debatte und die aktuelle Notwendigkeit wiedergeben. Wir führen hier also eine Scheindebatte, die den derzeitigen Herausforderungen gar nicht mehr angemessen ist.

Ernsthafte, große anerkannte Naturschutzverbände sind eigentlich nur der BUND und der NABU. Beide Verbände vereint eines, nämlich dass sie sich massiv und engagiert für den naturverträglichen Ausbau der Windenergie einsetzen und nicht dafür, dass immer weniger Windenergie genutzt wird. Den NABU und den BUND eint noch eines: Sie sehen in einer guten regionalplanerischen Steuerung die größte Herausforderung

und das beste Vorgehen, um Windenergie und Akzeptanz für Windenergie zu schaffen. Wir haben damit in Nordrhein-Westfalen, im Münsterland und in Düsseldorf, sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir haben diese Herausforderungen in einigen Bereichen Nordrhein-Westfalens gut gelöst. Wir haben aber das Problem, dass in anderen Regionen, vor allen Dingen in Südwestfalen, wo große Windvorkommen sind und wir eine gute Windkraftmöglichkeit hätten ... Ich bin Mitglied im Regionalrat in Arnsberg. Mit einem 7:6-Beschluss des Regionalrates wurden aufgrund einer einzelnen Fraktion die Arbeiten zu diesen Themen eingestellt. Das ist im Grunde genommen ein einziger Skandal in der Zeit, in der wir leben.

Ich wurde gefragt, wie das mit dem Artenschutz ist. Jeder tote Vogel ist ein toter Vogel zu viel. Das ist überhaupt keine Frage. Aber, meine Damen und Herren, schauen Sie sich mal die Zahlen der Bereiche an, in denen Vögel wirklich sterben. Ich habe das in meiner Stellungnahme geschrieben. Wir diskutieren hier über wenige tote Vögel, in der Regel Stockenten und Ringeltauben. Wir diskutieren aber nicht über Millionen getöteter Vögel, die an anderer Stelle umkommen. Das ist uns völlig egal, wenn ich hier an die Glasscheiben sehe. Das ist uns völlig egal, wenn ich dort hinten auf die Leitungen sehe. Der Verkehr und die Landwirtschaft, auch das hat mein Vorredner gesagt, haben ebenfalls ganz andere Auswirkungen auf den Artenschutz als Windenergie.

Warum ist der Artenschutz in dieser Frage so wichtig? Das ist so, weil unsere Vorgaben unklar sind. Wir haben zwar sehr stringente bundesgesetzliche Regelungen, aber die Umsetzung in landesrechtliche Regelungen, in regionalplanerische Regelungen, in die Genehmigungsverfahren vor Ort machen uns Probleme. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen, dass wir bisher schon die sehr schwierige Situation in Nordrhein-Westfalen hatten, dem alten LEP klare Regelungen zu entnehmen, wie und wo Windenergie umzusetzen ist. Zum Beispiel hat der Regionalrat Arnsberg einfach gesagt: Das mache ich nicht. – Darüber hinaus wird die Rechtsunsicherheit durch solch völlig unklare Vorgaben wie Grundsätzen von 1.500 m Abstand und auch den Regelungen im Wald noch mal massiv verschärft. Das wird also zu keiner Akzeptanzsteigerung führen, sondern dazu, dass die Kommunen mit den Auseinandersetzungen vor Ort alleingelassen werden.

Ich kann Ihnen aus persönlicher Erfahrung in meiner Heimatgemeinde, aus persönlicher Arbeit im Landschaftsbeirat auf Kreisebene und auch aus persönlicher Arbeit im Regionalrat berichten, dass diese Kommunen und Genehmigungsbehörden mit den unklaren Vorgaben auf Landesebene absolut überfordert sind. Kommunen weisen inzwischen keine Konzentrationszonen mehr aus, sondern schließen Versicherungen ab, da sie sich nicht mehr in der Lage sehen, die unklare Rechtslage in eine sichere Planung vor Ort umzusetzen.

Erstes Manko. Was den Artenschutz klarer voranbringen würde, wären eindeutige, klare Regelungen auf Landesebene. Aus unserer Sicht sollte die 1.500-m-Regelung im neuen LEP sofort wieder zurückgenommen werden. Es sollten klare Aussagen getroffen werden, wie es im Wald weitergeht. Es ist ein völliges Unding, dass die Wälder in Südwestfalen absterben, wir in riesigen trockenen Nadelwaldstrukturen stehen und diese riesigen Nadelwaldstrukturen heute nicht als Einkommensalternative für die

Waldbauern in Südwestfalen genutzt werden. Das ist dringend erforderlich. Es hat mit Artenschutz nichts mehr zu tun, wenn diese Standorte jetzt nicht sehr schnell für Windenergie genutzt werden.

Zweites Manko. Die Regionalplanungsbehörden müssen wieder diese Steuerungsfunktion übernehmen, weil das für die Kommunen vor Ort nicht zumutbar ist. Es muss auf regionaler Ebene gesteuert werden. Wenn auf regionaler Ebene Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung gesteuert sind, tritt Rechtssicherheit ein. Dann tritt auch ein wesentlich überschaubarer und besser anwendbarer Artenschutz ein.

Auch die Genehmigungsbehörden auf Kreisebene sind mit diesen Vorgaben völlig überfordert. Die Genehmigungsbehörden auf Kreisebene sind nicht mehr in der Lage, rechtssichere Genehmigungen zu erteilen. Das führt dazu, dass über den Artenschutz gegen diese Anlagen oder die Planung geklagt wird. Aufgrund dieser unsicheren Rechtslagen führen diese Klagen oft zu einem Stopp, zu einer Verzögerung oder zu einer weiteren Auseinandersetzung über diese Anlage, die sich manchmal Jahre oder, wie in meiner Heimatgemeinde Halver, über Jahrzehnte für den Bau einer einzigen Anlage hinziehen. Das heißt, auch die sind damit überfordert. Das muss aus unserer Sicht abgestellt werden.

Darüber hinaus bemängeln wir für den Artenschutz, dass es in Nordrhein-Westfalen keine standardisierten Verfahren für die entsprechenden Gutachten und keine standardisierten Verfahren dessen gibt, was für den Artenschutz abgearbeitet werden muss. In jedem Einzelfall kommen unterschiedliche Sichtweisen zum Tragen. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Hessen haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Wir regen an, auch diese standardisierten und gut abgestimmten Verfahren für alle Windenergieanlagenplanungen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen. Das ist ein Manko, was man auf Landesebene gut beheben kann.

Zusammengefasst: Die Vorgaben des LEP müssen dringend zurückgenommen werden, und zwar sehr schnell, um wieder Planungssicherheit in Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Wir brauchen dringend eine regionalplanerische Steuerung mit Vorranggebieten, mit Ausschlusswirkung, um den Wildwuchs vor Ort zu stoppen und die Kommunen nicht mehr allein zu lassen. Wir brauchen standardisierte Verfahren für Genehmigungen, die nicht hier so und da anders sind. Wir müssen endlich aufhören, den Artenschutz an der Windenergie auszuleben, aber den millionenfach dringend erforderlicheren Artenschutz an anderen Stellen außer Acht zu lassen.

Frank Sondershaus (Fachagentur Windenergie an Land e. V.): Mir liegen zwei Fragen von Frau Brems vor. Die erste Frage betrifft Transparenz, Kommunikation und die Frage, was die Landesregierung tun kann. Die zweite Frage betrifft den Artenschutz.

Beginnen wir mit der ersten Frage zur Transparenz und Kommunikation. Das Thema „Teilhabe“ ist hier jetzt ein Stück weit ausgeklammert. Grundsätzlich geht es um Vertrauen und Dialog. Das sind zwei zentrale Kriterien. Wenn man vor Ort mit den Menschen ins Gespräch kommen will, wenn man Informationen vermitteln will, wenn man die Windenergie vermitteln will, braucht man die Grundlage des Vertrauens. Das Vertrauen geht vielerorts schnell verloren. Woran liegt das? Das liegt häufig auch daran,

wie ein Windenergieprojekt aufgesetzt ist. Wir haben vorhin schon gehört, es gibt Leitdiskussionen im Kontext der Flächensicherung. Wenn die Branche relativ frühzeitig in der Fläche aktiv wird, das Projekt allerdings noch nicht als Projekt sichtbar wird, gehen Gerüchte herum. Es entsteht Misstrauen, es entstehen Neiddebatten. Dies ist Gift für eine Dorfgemeinschaft, für eine Kommune. Dem muss man etwas entgegensetzen. Das ist der Zeitpunkt, an dem sich häufig Bürgerinitiativen gründen und sich eine verunsicherte Kommunikation Raum schafft.

Wie kann man so einer Entwicklung entgegenwirken? Das ist die frühzeitige Kommunikation auch von öffentlicher Seite. In Nordrhein-Westfalen haben die Kommunen im Planungsprozess eine starke Rolle. Von daher besteht auch bei den Kommunen starkes Interesse und die Möglichkeit, die Öffentlichkeit in den Planungsprozess einzubinden. Zum Beispiel kann man das Thema im Rahmen von Klimaschutzkonzepten relativ frühzeitig platzieren und diskutieren. Andererseits gibt es auch viele Kommunen, die von vornherein die Sorge haben – gerade, wenn man sieht, wie konfliktär das Thema ist –, mit reingezogen zu werden. Eine Wahl ist mit Windenergie im Nacken inzwischen auf kommunaler Ebene schwierig zu gewinnen. Daher ducken sich viele Kommunen vor diesem Thema weg.

An der Stelle kommt andere Akteure ins Spiel, zum Beispiel Energieagenturen. Die EnergieAgentur.NRW betreibt seit Langem eine sehr gute und anerkannte Arbeit. Der Energiedialog war in diesem Rahmen das erste Modell auf Landesebene bundesweit, das Dialoginstrumente in dieser Art und Weise ausprobiert hat. Es wurde häufig nachgeahmt und in anderen Ländern ausgebaut.

Von daher möchte ich jetzt auf Instrumente eingehen, wie in anderen Ländern mit diesen Kommunikations- und Informationsdefiziten umgegangen wird. In Thüringen gibt es zum Beispiel Leitlinien für faire Projektentwickler, die als eine Art Gütesiegel vergeben werden und das Bewusstsein in der Branche dafür schärfen, dass frühzeitig eine Information notwendig ist. Wenn man sich auf dieses Siegel verpflichtet hat, sollte man sich daran halten. Es sind informelle Leitlinien, die mehr wie eine freiwillige Selbstverpflichtung in der Branche und ein kollektiver Handlungsmechanismus wirken. Begleitet wird das vor Ort durch die Servicestelle Windenergie, die auch personell sehr intensiv bei der dortigen Landesenergieagentur angesiedelt ist. Auch der Prozess der Flächensicherung wird intensiv dort begleitet. Die Bürger haben Ansprechpartner. Es gibt jeden Donnerstag einen Bürgersprechtag. Die Flächeneigentümer werden beraten, wie sie einen Flächennutzungsvertrag abschließen, welche Möglichkeiten sie mit Flächenpooling haben und wie sie sich einen Projektentwickler aussuchen können, der das Projekt gemeinsam mit ihnen entwickelt, sodass ein möglichst gut zu der jeweiligen Kommune passendes Projekt umgesetzt wird.

Andere Modelle gibt es zum Beispiel in Baden-Württemberg. Dort gibt es das Forum Energiedialog, ein Dialogforum, das vom Land eingerichtet wurde. Es wird allerdings nicht über eine Landesenergieagentur umgesetzt, sondern über Dialogdienstleister. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass man eine gewisse Neutralität der Ansprechpartner garantieren will. Sie versuchen, vor Ort mit Bürgervertrauensrunden zu intervenieren, aber auch bereits entstandene Konflikte zu glätten.

Was frühzeitig möglich ist, wenn sich die Kommunen engagieren, sieht man gerade im Kreis Steinfurt in Nordrhein-Westfalen. Dort wurden Leitlinien für nachhaltige Bürgerenergie aufgestellt. Sie waren Vorlage für die ThEGA-Leitlinien in Thüringen.

Bürgerenergie ist natürlich ein Schlüssel. Wenn Menschen vor Ort, die Vertrauen in der Kommune genießen, dafür sorgen, dass eine regionale Wertschöpfung stattfindet und das Projekt nicht irgendein Projekt, sondern das Projekt der Menschen vor Ort ist, von dem man profitiert, kann man mit der dezentralen Energiewende wirklich eine Entwicklung des ländlichen Raumes vorantreiben. Das ist das, was letztendlich bei den Teilhabemodellen, die im Moment bundespolitisch diskutiert werden, im Hintergrund steht, dass man nämlich nicht nur erträgt, sondern auch einen Ertrag und einen Mehrwert durch diese Windenergieanlagen vor Ort hat, der nicht in der Zukunft liegt und altruistisch global vom Klimawandel motiviert ist, sondern im Hier und Jetzt liegt. Dieser Mehrwert gibt einem Bürgermeister Argumente an die Hand, warum wir Windenergie vor Ort wollen und wie wir unsere Kommune in Zukunft mit dieser Windenergie gestalten können.

Das ist der Weg, wie man von der Akzeptanz den Bogen schlagen kann. Akzeptanz ist nur ein Mindestziel. Letztendlich geht es um die Unterstützung der Menschen vor Ort. Das ist das, was Entscheidungsträger in Kommunen brauchen, um sich für ein Windenergieprojekt einzusetzen.

Möglichkeiten gibt es viele. Ich möchte zwei Punkte nennen, was Landesenergieagenturen machen können. Das ist zum Beispiel die Organisation, indem man frühzeitig Transparenz schafft und zeigt, wie Windenergieanlagen vor Ort aussehen werden. Häufig gibt es relativ plumpe Fotocollagen, die mehr Bestürzung erwecken sollen als Realitätsnähe, und die das Problembewusstsein bei den Menschen vor Ort schärfen.

Der zweite Punkt betraf das Thema „Artenschutz“. Auch hierzu wurde von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon einiges gesagt. Auf die politischen Maßnahmen möchte ich jetzt gar nicht genauer eingehen. Der LEE und der BUND haben schon viel zum Stellenwert des Artenschutzes bei Windenergie im Vergleich zu anderen Gefährdungen für Vögel gesagt.

Auf einen Punkt möchte ich noch mal kurz eingehen. Die Artenschutzkarte ist die entscheidende Karte, wenn man ein Projekt kurzfristig verhindern will. Wenn die Genehmigung schon weit vorangeschritten ist und man eine gefährdete Art entdeckt, kann diese Karte, die bei den Bedenken in Bezug auf Landschaftsschutz, Geräusche oder ähnliches, die im vorangegangenen Planungsprozess nicht wahrgenommen werden konnten, noch spielen. Von daher gibt es natürlich eine gewisse Instrumentalisierung des Artenschutzes vor Ort.

Was kann man dagegen tun? Letztendlich kann man neben den schon erwähnten Maßnahmen den Bogen zurückspannen und frühzeitig den Druck aus dem Kessel lassen. Man wartet eben nicht, bis die ganze Situation vor Ort so eskaliert ist, dass nur noch die Klage hilft, sondern es wird ein abgestimmtes und anerkanntes Projekt umgesetzt, bei dem im günstigsten Fall die Unterstützung für das Projekt so groß ist, dass das Interesse gegenüber einer Klage in den Hintergrund tritt.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke (EIKE e. V.): Es geht hier um Kommunikation. Zur Kommunikation gehören auch die Fakten. Von denen habe ich bisher eigentlich recht wenig gehört. Deswegen bin ich für Ihre Frage nach Fakten ganz dankbar.

Die technische Stellung der Windenergie ist in meiner gutachterlichen Stellungnahme ausführlich beschrieben. Ich muss darauf nicht noch mal näher eingehen. Von der Universität Heidelberg, Bereich Physik, sind die Zahlen genannt. Im zweiten Teil ist noch mal eine kleine Abhandlung über die naturgesetzlichen Schranken der Windenergie bzw. der Energiewende zu finden.

Wir haben heute 30.000 Windräder in Deutschland. Sie machen 3 % der deutschen Primärenergie aus. Nicht mehr. 3 % sind etwa 18 % des Stroms. Wenn man den gesamten Strom aus Wind machen wollte, müsste man theoretisch sechsmal so viele Windräder haben, also 180.000 in Deutschland. Wenn man die gesamte Energie über Sektorkopplung – vielleicht ist Ihnen dieser Begriff bekannt – mit Windrädern, mit Photovoltaik und ähnlichem machen wollte, bräuchte man vielleicht eine halbe Million Windräder in Deutschland. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet.

Was sind die Gründe dafür? Vielleicht darf ich darauf kurz eingehen. Die Gründe dafür ist die zu geringe Energiedichte des Windes, die Leistungsdichte. Im Wind steckt zu wenig Energie. Das bedeutet, man muss riesige Netze aufspannen, um das bisschen Energie einzufangen. Deswegen sind diese Anlagen so groß. Das bedeutet natürlich eine hohe Belastung durch Material und Fläche bei geringem Energiegewinn. Das sehen Sie recht schnell daran, dass ein modernes Windrad ungefähr 6.000 t wiegt. 2.000 t davon entfallen auf das Fundament. Das Ding ist heute 250 m hoch. Unmengen von Stahl und alles Mögliche sind verbaut. Die über das Jahr gemittelte Leistung entspricht ungefähr vier bis fünf Automotoren von 200 kW. Mehr nicht. Das zur Akzeptanz. Wenn man der Bevölkerung das mal sagen würde, dann möchte ich nicht wissen, wie hoch die Akzeptanz noch wäre.

Über den Naturschutz brauche ich gar nicht zu reden. Das ist ja nur ein Teil. Der zweite Teil ist die Wetterabhängigkeit dieser Energiegewinnung. Das heißt, Sie können in Deutschland so viele Windräder bauen wie Sie wollen, Sie werden nie eine Vollversorgung erreichen können, wenn nämlich der Wind nicht weht. Das kommt in Europa vor. Es gibt eine ausführliche Untersuchung dazu, die gezeigt hat, dass die wirklich erhaltbare Mindestleistung europaweit im Prozentbereich liegt. Mehr nicht. Das kommt vor. Das heißt, Sie müssen Ihre Energie sowieso aus anderen Quellen beziehen als aus Wind oder aus Sonne.

Wenn man das mal ganz allgemein sieht, dann ist Windenergie letztlich ein Rückschritt ins Mittelalter. Nichts anderes. Es ist eine mittelalterliche Methode, obwohl modernste Technik in die Windräder eingebaut ist. Das wissen wir ja alle. Aber es ist ein Rückschritt ins Mittelalter. Auch die Segelschiffahrt hat man zugunsten der Dampfschiffahrt gerne aufgegeben, und zwar nicht ohne Grund. Es war vielleicht romantischer, entsprach aber nicht der Moderne.

Ganz allgemein gilt, dass technischer Fortschritt mit immer höherer Leistungsdichte verbunden ist. Wind liefert in Deutschland im Jahresmittel pro Quadratmeter ungefähr

ein Watt. Ein Watt, mehr nicht. Ein Kohlekraftwerk oder ein Kernkraftwerk liefern das Tausendfache davon. Das heißt, die Fläche ist entsprechend geringer.

In einem modernen Industrieland hat Windenergie überhaupt nichts zu suchen. Das ist nicht nur meine Meinung. Diese Meinung vertritt auch Hans-Werner Sinn. Ihn kennen Sie sicherlich alle. Sie sehen, was die Welt macht. Die Welt wendet Wind allenfalls für Nischen an. China macht das vielleicht in der Hochebene bei Tibet. Aber sonst spielt Wind überhaupt keine Rolle, wenn Sie sich mal die Gesamtenergieversorgung der Welt anschauen. Da finden Sie keine Windenergie. Das ist so klein, das ist gar nicht zu sehen.

Mit meinem Fazit mache ich mich nicht beliebt. Das ist mir völlig egal. Aber mein Fazit als Physiker und Wissenschaftler ist: Wieder zurück zur Moderne. Weg mit den ganzen Dingen. Die Energiewende gehört eingestampft.

Übrigens: Mit Windrädern wird kein CO₂ eingespart. Glauben Sie das bloß nicht. Die Dinger leben nicht sehr lange. Sie leben sehr viel kürzer als bisher bekannt war. Bei dem, was Sie an Material, an Strom usw. verbrauchen, um die erst mal herzustellen – die stellen Sie ja nicht mit Windenergie her, sondern mit Kohle –, brauchen Sie ungefähr ein paar Jahrzehnte, um das wieder einzuholen. Die CO₂-Einsparung beträgt ungefähr null.

Meine Empfehlung als Sachverständiger ist, wieder die Kohle zu nehmen. Es ist völlig unsinnig, die paar Kohlekraftwerke, die fünf bis zehn, die wir in Deutschland überhaupt noch haben, abzuschalten, während die Welt 1.000 neue baut. Was wir machen, ist idiotisch, ist nicht verhältnismäßig. Jede Maßnahme sollte verhältnismäßig sein. Das heißt, man sollte den Nutzen gegen den Schaden oder die Kosten aufaddieren und sich anschauen. Was wir zurzeit mit der Energiewende machen, ist ein Rückfall Deutschlands in einen Agrarstaat. Mehr ist das nicht. – Ich hoffe, ich habe damit etwas beitragen können.

Dr. Detlef Ahlborn (Bundesinitiative Vernunftkraft e. V.): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Was das Thema „Akzeptanz“ anbelangt, bin ich in der Fläche sehr viel unterwegs. Ich bin in den letzten Jahren auf Bürgerversammlungen mit geschätzten 50.000 Bürgern zusammengekommen. Die Bürger sind in der Regel empört, weil sie von den Planungen vor ihrer Haustür im Vorfeld nichts erfahren haben. Da wurde im Gemeinderat gesprochen, da wurde mit Bauern gesprochen, die Grundstücke verpachten. Es ist immer der gleiche Frevel, den ich erlebe, wenn ich zuerst auf gut ausgebauten Autobahnen und dann auf einer Landstraße fahre und am Ende in einem kleinen Dörfchen in einem Dorfgemeinschaftshaus lande, in dem offener Aufruhr herrscht. Herr Professor Lüdecke hat gerade gesagt, wenn die Leute wüssten, welche Implikationen das alles hat, würden sie diese Dinge anders sehen. Ich gehöre zu denen, die den Bürgern genau das erzählen. Das möchte ich Ihnen jetzt mal vor Augen halten:

Ich habe den Antrag heute Morgen im Zug gelesen. Darin ist die Rede von 10.000 Anlagen, die man hier in Nordrhein-Westfalen aufzubauen gedenkt. Ich möchte Ihnen,

den Abgeordneten hier im Saal, empfehlen, sich zu überlegen, was das bei einer Fläche von 34.000 km² bedeutet. 10.000 Anlagen auf 34.000 km² bedeutet über das Land verteilt alle 1.800 m ein Windrad. Die können Sie en bloc einstellen, dann ballern Sie 4.000 km² zu. Besonders eindringlich ist Folgendes, das möchte ich Ihnen kurz darlegen:

Nehmen Sie diese 10.000 Windräder und ordnen sie zu kleinen Windparks an. So heißt das ja. Immer sechs Windräder nebeneinander. Dann ziehen Sie einen Kreis von einem Kilometer um diese Fläche. Bei 10.000 Anlagen haben Sie dann 10.000 km². Das ist ein Drittel der Fläche von Nordrhein-Westfalen, die näher als 1.000 m an diesen Windrädern sind. Das ist die lokale Betroffenheit. Das wurde gerade gesagt. Überlegen Sie sich bitte, wer betroffen ist. Die ganze Fläche ist betroffen. Genau das ist das, was die Akzeptanz stört. Wenn Sie einen Umkreis von 2 km ziehen, ist es ganz Nordrhein-Westfalen. In ganz Nordrhein-Westfalen beträgt der Abstand zum nächsten Windrad weniger als 2 km. Das ist das Akzeptanzproblem. Das spielt sich auf dem Land ab. Das ist ein Appell, den ich an die Politiker richte, wo immer ich bin: Machen Sie sich bitte klar, dass die Opposition gegen diese Technik eine zutiefst biedere, bürgerliche Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft ist, die sich plötzlich die Haare rauft und sich überlegt, wie sie ihre politischen Entscheidungen bei den nächsten Wahlen zu gestalten gedenken.

Diese Technik und die Art, wie sie vorgetragen wird, führt zu einer weiteren Polarisierung in unserer Gesellschaft. Es sollte allen bewusst sein, dass das ein Problem ist.

Ich darf Ihnen mal was zur Flächendichte der Windkraftanlagen vorlesen. Ich finde, das ist wichtig, wenn man in der Politik unterwegs ist. Das ist Artikel 20a Grundgesetz. Es tut mir leid, wenn ich jetzt damit komme:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Ein solcher Eingriff in unsere Landschaften steht – und das ist jetzt meine ganz persönliche bescheidene Auffassung – schon in Widerspruch zu diesem Artikel.

Der eigentliche Skandal, der sich abspielt, sind die Kosten, die das verursachen. Das EEG ist so gestaltet, dass Anlagenbetreiber Strom vergütet bekommen, den sie hätten produzieren können. Das sind Privilegien. In diesem Jahr sind das – ich habe die Zahl mal recherchiert – schon 364 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es 228 Millionen Euro. Wir erlauben uns den Luxus, überschüssigen Strom zu Negativpreisen – das ist eine wunderschöne Wortschöpfung – zu verklappen und zu exportieren. Machen Sie sich bitte klar, die Betreiber bekommen diesen Strom mit 410 Millionen Euro vergütet. Dann wird er für 60 Millionen Euro entsorgt. Wir legen also noch Geld drauf, wenn wir den Strom verklappen. Um das mal plastisch zu machen, können Sie ja mal mit Ihrem Bäcker darüber philosophieren, ob er Ihnen die Brötchen zu Negativpreisen abgibt.

Diese Stromproduktion, diese Leistung, unterliegt naturbedingt gewaltigen Schwankungen. Die Windstromproduktion schwankt ungefähr doppelt so stark wie die Augenzahlen beim Würfeln. Das muss man sich vergegenwärtigen. Das kann man beweisen,

das ist so. Es ist auch gar nicht schwierig, das zu beweisen, das ist mathematische Statistik.

Das zwingt die Kraftwerksbetreiber zu sogenannten Redispatch-Maßnahmen. Die kosten im Jahr 1,3 Milliarden Euro. Die haben wir auf der Stromrechnung. Allein die drei Positionen Phantomstrom plus Negativpreise plus Redispatch summieren sich im Jahr auf 2 Milliarden Euro. Wenn wir das sechs Jahre lang betreiben, können wir den Schweizern einen neuen Gotthard-Basistunnel spendieren.

Dazu muss ich Ihnen leider sagen, das ist aus meiner Sicht absolut inakzeptabel. Die Politik ist in jedem Falle gefordert, diese Dinge so zu gestalten, dass derlei Auswüchse begradigt und aus der Welt geschafft werden. 2 Milliarden Euro nur für diese Stromversorgung plus Redispatch ist eine ordentliche Summe. Man kann sagen, das sei alles egal, das seien die Kollateralschäden, das müsse man in Kauf nehmen, indem wir unser Land vollbauen.

Eben ist die kommunale Wertschöpfung andiskutiert worden. Ich habe das in meiner Gemeinde durch. Ich komme aus Nordhessen. Da wurde das auch diskutiert. Meine Gemeinde hat 7.000 Einwohner. Die Einwohner meiner kleinen Stadt sind mit 2,1 Millionen Euro EEG-Abgabe über die Stromrechnung dabei. Also an den Gesamtkosten der Energiewende ist jeder mit 300 Euro dabei. Wenn solche Anlagen in die Nähe gebaut werden, soll die Gemeinde 10.000 Euro zurückerhalten. Wie stellt sich Politik ein solches Geschäft vor? Den Bürgern wird auf der einen Seite das Geld aus der Tasche gezogen, um es dann quasi als Almosen obendrüber zu streuen. Mit Verlaub, das finde ich – ich will es vorsichtig formulieren – grenzwertig.

Was die Sinnhaftigkeit dieses Antrags anbelangt, so sind eben auch die ausgetrockneten Bäche, der Klimawandel, das Kohlendioxid und die Reduktion der Treibhausgase zur Sprache gekommen. Wir müssen uns mal vergegenwärtigen, was wir hier machen. Der Anteil der Windenergie an unserem Primärenergieverbrauch beträgt 3 %. Ich darf Ihnen mal ein Zitat des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – Jahresgutachten 2019 – vorlesen: Im Jahr 2016 war Deutschland für 2,3 % der weltweiten Kohlendioxidemissionen verantwortlich.

Noch mal: 2,3 %. – Die Europäische Union sind für 10 % verantwortlich. Selbst wenn es gelänge, die Emissionen Deutschlands und der EU auf null zu senken, könnte dies global nur einen kleinen Beitrag leisten und den Klimawandel natürlich nicht aufhalten. Wir waren eben bei 3 % der Primärenergie. Selbst wenn wir den Anteil auf 4 % oder 5 % erhöhen, müssen wir uns wirklich fragen, ob das ökonomisch gerechtfertigt ist. A priori steht fest, dass wir mit dem, was wir dort tun, nichts erreichen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Dr. Ahlborn. – Damit ist die erste Frage- und Antwortrunde beendet. Wir können jetzt mit einer zweiten Runde beginnen. Ich starte wieder bei Frau Brems. Danach sind die CDU, die SPD, die FDP und gegebenenfalls die AfD an der Reihe. Frau Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Meine erste Frage geht an den BUND. Wir haben eben von Herrn Neumann etwas gehört, was mich irritiert hat. Er hat gesagt, es käme häufiger

vor, dass kriminelle Handlungen getätigt würden, um Anlagen zu ermöglichen. Das ist ein ganz schön krasser Vorwurf. Es interessiert mich, ob Sie, die im ganzen Land im Umwelt- und Naturschutz tätig sind, das bestätigen können oder wie Ihre Erfahrungen dazu sind.

Die zweite Frage richtet sich an den Landesverband Erneuerbare Energien. Wir haben durch Herrn Sondershaus schon mal von diesem Gütesiegel gehört. Das kommt auch in Ihrer Stellungnahme vor. Wir haben eben gehört, dieses Thüringer Siegel wird von der Branche selbst unterstützt. Wie stellen Sie sich das hier vor? Ist das etwas, was unabhängig, unterstützt durch das Land oder durch welche Institution auch immer, vergeben werden sollte? Können Sie sich vorstellen, dass so ein Siegel positive Wirkung entfaltet?

Meine letzten beiden Fragen gehen an Herrn Sondershaus. In Ihrer Stellungnahme zitieren Sie Ergebnisse, um noch mal zum Thema „Akzeptanz“ zu kommen, nach denen bei bestehenden Windenergieanlagen keine Akzeptanzprobleme festgestellt werden konnten. Jetzt spitze ich mal zu: Reden wir hier über Scheinprobleme? Schafft es eine kleine Gruppe, einen öffentlichen Diskurs zu bestimmen? Wie können Sie sich das erklären?

Sie schlagen Förderprogramme für Windenergie in den Ländern und eine stärkere Förderung von Kommunen vor. Warum sind Sie dieser Meinung? Wo fehlt es? In welcher Form sollte das passieren?

Matthias Goeken (CDU): Die ersten beiden Fragen gehen an Herrn Nolte vom Regionalbündnis-Windvernunft:

Erstens. Was braucht es Ihrer Meinung nach, Herr Nolte, damit der Windenergieausbau in den Regionen mit stärkerer Akzeptanz begleitet wird? Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Initiativen der Landesregierung?

Zweitens. Sie kritisieren ausdrücklich den Versuch, durch ökonomische Teilhabe Akzeptanz für den Windenergieausbau zu generieren. Bitte erläutern Sie das kurz.

Frau Dr. Dütschke, in Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, dass finanzielle Beteiligung möglicherweise dazu geeignet sein kann, die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.

Erstens. Wie sieht Ihre Einschätzung nach einem funktionierender Umverteilungsmechanismus aus? Welche Akzeptanzrisiken sehen Sie?

Zweitens. Sie verweisen darauf, dass finanzielle Beteiligung gegebenenfalls, wenn die Lage vor Ort emotional aufgeheizt ist, als Bestechung empfunden werden könnte. Lassen sich solche Erkenntnisse aus Ihrer Forschung ziehen?

Frank Sundermann (SPD): Ich habe eine kurze Frage an die Vertreter von BDEW und LEE. Der EnergieDialog.NRW, der sich viel um Akzeptanz im Bereich Windenergie gekümmert hat, ist entweder eingestellt oder mal wieder umbenannt worden. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, welche Unterstützung des Landes Sie als Flankierung entsprechender Prozesse vor Ort wünschen.

Eine ähnliche Frage habe ich an Herrn Sondershaus. Er hat ja auf die Servicestelle Windenergie in meinem Heimatkreis Steinfurt verwiesen, der in Thüringen auf positive Resonanz gestoßen ist. Können Sie sich vorstellen, dass ein Roll-out dieses Verfahrens über das Land zu einer deutlichen Befriedung im Land beitragen könnte? Wie schätzen Sie das ein?

Frau Dr. Dütschke hat sich sehr mit Beteiligungsprozessen beschäftigt. An Sie habe ich eine Frage, die vielleicht auch jenseits von Windenergie interessant ist. Wann sind Beteiligungsprozesse auch irgendwann einfach mal zu beenden, wenn es gesellschaftliche Anforderungen gibt? Im Prinzip kann man natürlich immer versuchen, Akzeptanz über Beteiligungsprozesse zu erzeugen. Aber wir stehen immer wieder vor Fragestellungen zu Infrastrukturmaßnahmen. Auch Windenergieanlagen zählen zu Infrastrukturmaßnahmen. Ab wann muss man gegebenenfalls auch mal sagen, die Beteiligungsprozesse kommen an einen Punkt, an dem man sie nicht weiterführen kann, sondern an dem am Ende die Gesellschaft und auch Staat und Politik entscheiden müssen?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Schulze Langenhorst hat eben die Akzeptanz in Lichtenau betont. Herr Nolte, Sie kommen aus der Nachbargemeinde, aus Bad Wünnenberg. Sehen Sie das genauso, was die Akzeptanz dort angeht?

Meine zweite Frage richtet sich sowohl an Sie als auch an Herrn Neumann. Thema „Artenschutz“. Wir haben den Leitfaden „Artenschutz“ für Windenergie. Gibt es aus Ihrer Sicht noch Nachbesserungsbedarf, oder werden wir dem Artenschutz und der Biodiversität da bereits gerecht?

Herr Neumann, Sie haben eben die Ausführungen von Herrn Brunsmeier vom BUND gehört. Teilen Sie die Devise „Klimaschutz vor Artenschutz“ und die Nutzung von Waldflächen, die jetzt vom Borkenkäfer etc. befallen sind, durch Windkraftanlagen?

Meine letzte Frage möchte ich an Herrn Dr. Schaefer vom BDEW richten. Sie haben heute in Berlin einen Zehn-Punkte-Plan für den Ausbau der Windenergie vorgestellt, den Sie gemeinsam mit einigen Organisationen wie Greenpeace, Germanwatch, WWF und der Deutschen Umwelthilfe vorgestellt haben. Sie sprechen in der Pressemeldung davon, die führenden Klima- und Naturschutzverbände eingebunden zu haben. Ich vermisste aber insbesondere den heute leider nicht anwesenden NABU. Der BUND war trotz der Ausführungen von Herrn Brunsmeier auch nicht eingebunden, ebenso wenig der andere hier anwesende anerkannte Naturschutzverband. Wenn Sie in der Pressemeldung von einer breiten Unterstützung sprechen, passt das nicht zusammen. Können Sie das klarstellen?

Christian Loose (AfD): Von mir auch noch mal ein Dank an die Experten. Ich habe zunächst zwei Fragen an Herrn Professor Lüdecke. Überall wird der Klimanotstand ausgerufen, dem wir im Grunde genommen alles unterzuordnen haben, koste es, was es wolle. Sie haben in Ihrem Papier errechnet, was ein klimaneutrales Deutschland bis zum Jahr 2050 weltweit für einen Temperaturunterschied machen würde. Vielleicht können Sie noch mal erklären, was das genau bewirkt.

Alles in dieser Klimadebatte hat mit der sogenannten Hockey-Stick-Kurve angefangen, letztendlich der Mutter aller Ängste im Klimabereich. Darauf bauen vielfach die Theorien des IPCC auf. Gibt es nicht gerade neuere Erkenntnisse über die Werthaltigkeit dieser Basis, dieser Theorien im Bereich Hockey-Stick-Kurve?

Herr Dr. Ahlborn, kann man das Ganze nicht einfach durch Repowering lösen, indem man sagt, statt 100 m hohen Windrädern bauen wir jetzt 250 m hohe Windräder hin? Die Bürger haben sich jetzt ja anscheinend an die Windräder gewöhnt, die ein paar hundert Meter entfernt sind.

Windkraftanlagen werden ja dezentral betrieben. Das ist ein super Vorteil. Wir verteilen einfach deutschlandweit alle Windkraftanlagen. Dann haben wir eine starke Versorgungssicherheit in Deutschland, weil das alles schön dezentral ist. Nehmen Sie dazu bitte auch Stellung.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. Jetzt geht es in die zweite Antwortrunde. Mit Blick auf die Uhr ergeht an die Sachverständigen die Herausforderung zu kurzen Antworten. – Herr Nolte, Sie fangen wieder an. Bitte schön.

Hubert Nolte (Regionalbündnis-Windvernunft e. V.): Ich mache es kurz und knapp und fange bei den Fragen von Herrn Brockes an. Meine Nachbargemeinde ist eine kleine Flächengemeinde mit unter 10.000 Einwohnern. Der Kernort hat 2.300 Einwohner. 18 kleinere Dörfer liegen daneben. Es gibt massive finanzielle Probleme und kaum Gewerbebetriebe. Dementsprechend greift man nach jedem Strohalm. Man hatte dort ein Technologiezentrum für erneuerbare Energien, an dem der Ort fast pleite gegangen wäre. Inzwischen sieht die Welt anders aus, weil man die Gegend um Lichtenau zum Braunkohlerevier umgestaltet hat, ohne die Bevölkerung umgesiedelt zu haben.

Sie fragten nach Akzeptanz. Die Beteiligungssituation war bei der Bevölkerung in Bezug auf die Flächennutzungspläne genauso negativ wie ich sie eben geschildert habe. Beindruckend war in diesem kleinen Ort, dass zur abschließenden Bürgerbeteiligung eine Mahnwache aus 500 Bürgern kam, die abends mit Kerzen vor der Gemeindeverwaltung standen. Sie haben aber letztendlich nichts bewirkt, außer dass in dieser alten CDU-Hochburg der CDU-Bürgermeister abgewählt worden ist.

Auch zum Leitfaden „Artenschutz“ will ich es kurz machen. Es ist eben das Hohelied gesungen worden, dass der Waschbär den Rotmilan fängt. Ich wiederhole noch mal, wir kommen beim weiteren Ausbau vieler Anlagen in Konfliktbereiche, die den Artenschutz betreffen. Es gibt ein Tötungsverbot. Das ist festgeschrieben. Das ist einfach so. Das lässt sich nicht aufweichen. Der Rotmilan mag ein Wappenvogel dafür sein, aber es gibt eine ganze Menge mehr. Bei uns streiten wir uns um viele Dinge, aber wenn Klagen geführt werden, dann geschieht das, wie ich vorhin schon sagte, zu 90 % durch die Betreiber und Antragsteller.

Es gibt sieben Klagen allein wegen Auflagen zum Fledermausschutz, weil man nachts reduzieren muss. Das wird immer so dargestellt, als ob das Artenschutz ist. Das ist totaler Blödsinn. Das sind einfache Auflagen, um diese Anlagen überhaupt an den

Stellen zu genehmigen. Aber das reicht den Betreibern nicht aus. Man versucht anschließend, das Ganze weichzuspülen und aufzuweichen. Nichts anderes passiert gerade generell im Umgang mit dem Artenschutz.

Zur Frage, wie weit wir mit den Vorlagen gehen: Wir haben mit dem Leitfaden ein Arbeitshandbuch, mit dem man wunderbar arbeiten kann. Das passiert auch. Wenn es zu Auflagen kommt, klagen nicht die Artenschutzverbände. Es sind beim NABU, glaube ich, neun Klagen in Nordrhein-Westfalen. Bei 3.800 Anlagen ist das verschwindend gering.

Man muss immer schauen, wie Dinge dargestellt werden. Eben wurde der Rotmilan im Kreis Paderborn angeführt. Es gibt die Studie der Fachagentur Windenergie an Land. Darin heißt es, der Bestand sei unverändert, es gebe überhaupt keine Auswirkungen. Der ornithologische Jahresbericht des letzten Jahres spricht von einer Abnahme um 30 %. Ich weiß, dass der NABU derzeit an einer Stellungnahme arbeitet, um die Aussage der Fachagentur fachlich und sachlich zu widerlegen. Man muss immer bedenken, die Fachagentur greift nur auf Zahlen bis zum Jahr 2016 zurück. Im Jahre 2016 endete die Bezahlung der Erhebung durch den Windkraftbetreiber vor Ort.

Herr Goeken, wir haben eine Menge Beteiligungsmodelle. Das ist bei uns gelebte Praxis. Wir haben Kommanditbeteiligungen und GmbH-Beteiligungen. Sie sind entsprechend renditestark. Wir haben Genossenschaftsmodelle, die aufgrund fehlender Anlagenmodelle bei den Banken vielfach überzeichnet sind. Wir hatten 2001 den ersten Windpark mit 220 Millionen Euro Investment. Er war mehrheitlich privat finanziert. Das ist also gängige Praxis.

Seit mehreren Jahren sind zwei neue Modelle hinzugekommen. Das eine ist die Stiftungsbeteiligung, das andere sind verbilligte Strompreise. Bei den Stiftungsbeteiligungen greift man vornehmlich auf Pachtzahlungen zurück. Wir wissen aus dem „Finanztest“ vom letzten November, dass die Pachten bei mehreren Windparks in Nordrhein-Westfalen zwischen 5 % und 9 % der jährlichen Erträge liegen. Da werden gewaltige Summen ausgekehrt. Davon werden etwa 15 % wieder in Stiftungen abgeführt. So kenne ich es. Das Geld wird vereint zur Verfügung gestellt. Das ist eine Menge. Mein Nachbarort Leiberg hat ca. 1.560 Einwohner. Dort sind innerhalb von fünf Jahren 110.000 Euro ausgeschüttet worden. Wenn man da Kritik übt, hört man das natürlich sehr ungern. Bricht man das aber herunter, sind es 14 Euro pro Jahr und Einwohner. Dem steht ein viel höherer Aufwand an EEG-Umlage, Steuern und anderen Dingen gegenüber. Herr Dr. Ahlborn hat es eben schon gesagt. Diese Beträge haben also eher den Charakter von Almosen. So werten wir sie auch. Man erzeugt dort ein kurzfristiges Strohfeuer. Aber es ist nicht unbedingt ein langfristiges Modell zur Akzeptanzsteigerung.

Wie sehen wir die Akzeptanzsteigerung? Wie ist das mit der Landesregierung? Ich habe das eben schon angesprochen. Dieser Dialog auf Augenhöhe, dieses Miteinander, die Planungssicherheit der Kommunen, das Verstehen, warum wir das machen, sind das A und O. Die EnergieAgentur.NRW hat eine Studie veröffentlicht, nach der drei Viertel der Bevölkerung die Energiewende für schlecht gemanagt, sozial ungerecht und elitär halten. Dem schließen sich u. a. Anteilseigner an Anlagen an. Wir

müssen also Modelle finden, wie wir die Leute mitnehmen, damit wir aus Leidtragenden vor Ort Gewinner machen. Wie bekommt man das hin?

Ein Akzeptanzproblem liegt laut Studie der IASS in der Anlagenanzahl und dem Abstand. Insofern ist der gewählte Abstand bei allen rechtlichen Fragen, die dahinterstehen, der richtige Weg, um etwas Ruhe reinzubringen und Akzeptanz wiederherzustellen. Das gilt aber auch für die Zahl der Anlagen. Wir haben im Kreis Paderborn 550 Anlagen. Da bekommen Sie keine Akzeptanz mehr, das ist verbrannte Erde. Da ist es eigentlich viel besser, zu sagen, wir brauchen einen geografischen Deckel, wir brauchen eine soziale Umverteilung der Kosten von der nichtbetroffenen urbanen Region zu dem überforderten, überprägten ländlichen Raum. Das wäre eine Möglichkeit. Sie können das darstellen. Sie kennen es von den Mietstromgesetzen, eine Strompreisbremse oder einen Kostendeckel einzuführen. Wir fordern seit Langem schon einen geografischen Deckel, um einfach mal Schluss zu machen. Wir haben eine Menge anderer erneuerbare Energien, die wir nutzen können. Ich bin Spezialist für Holzenergie und vergase Holz. Das funktioniert. Man kann auch andere Wege gehen.

Dr. Elisabeth Dütschke (Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI): Die Fragen an mich haben alle auf Beteiligung, auf Partizipation abgezielt. Die Grundsatzfrage lautet: Wo endet die Sinnhaftigkeit der Beteiligung? – Wir sind in einer repräsentativen Demokratie, das heißt, wir haben über die Parlamente, die Bürgermeister, die Landesregierung usw. Vertretungen. Eigentlich ist das System so organisiert, dass dort entschieden wird, der Wähler zu gegebenem Zeitpunkt die Vertreter wählt und dadurch repräsentiert ist.

Wir sehen ebenso wie bei vielen anderen Diskussionen, die wir führen, dass dieses System stärker hinterfragt wird als in der Vergangenheit. Die starke Bündelung bestimmter Interessensgruppen in großen Parteien mit entsprechenden Mehrheiten stellt sich nicht mehr so dar. Die Bürger interessieren sich oft stark für bestimmte Einzelthemen, sei es auf bundespolitischer oder lokaler Ebene. Auf lokaler Ebene sind die Windräder nicht das einzige Thema, das mit starken Diskussionen begleitet wird.

Ich sehe dort ein schwieriges Spannungsfeld. Das zieht sich bis zu den finanziellen Beteiligungen oder Umverteilungen. Im Prinzip ist das auf alle möglichen Dinge anwendbar. Wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich auch nicht nur Sachen, die mir gefallen. Es ist die Frage, ob ich für alles, was mir nicht gefällt, entschädigt werden muss. Nein, natürlich nicht. In gewissem Rahmen profitiere ich als Bürger ja auch beständig von der funktionierenden Infrastruktur.

Gleichzeitig sind wir einfach in einer Phase, in der wir ausprobieren müssen. Das hat Herr Dr. Schaefer vorhin gesagt. Wir können lange diskutieren, aber wir sehen, das System knirscht an bestimmten Punkten. Wir wissen nicht ganz genau, was zu welchem Effekt führt, wenn wir was daran ändern und ob wir damit stärker in eine gesellschaftliche Diskussion kommen, die zu mehr und stärker akzeptierten Entscheidungen führt. Es ist klar, dass am Ende nicht alle glücklich sein werden, egal was passiert.

Bezüglich finanzieller Beteiligungen oder Beteiligungen überhaupt wäre es sinnvoll, verschiedene Verfahren auszuprobieren. Ein paar Grundregeln kennen wir aus Fallstudien anderer Länder. Es sind verschiedene Dinge vorgeschlagen, ob man den lokal Beteiligten jetzt einen bestimmten prozentualen Anteil am Stromerlös zukommen lässt oder ob es bestimmte Festbeträge sind. Wenn man das macht, ist es sicher sinnvoll, wenn solche Mittel in einem kommunalen Haushalt nicht einfach irgendwo verschwinden, sondern transparent gemacht werden. Im Prinzip müsste man einfach beobachten, ob das sinnvoll ist oder man damit vor allem Grundsatzdiskussionen vorantreibt.

Das ist bei der Windkraft noch nicht so stark etabliert, aber wir wissen aus anderen Technologien und aus anderen Ländern, dass solche Umverteilungsmechanismen die Probleme auch vergrößern können. Das gilt besonders dann, wenn es große Zweifel gibt. Es geht ja nicht nur darum, dass man sich finanziell ausgeschlossen fühlt, sondern es geht um sehr sensible Eingriffe in bestimmten Regionen oder eine Belastungsgrenze ist erreicht, weil es in einer Region schon sehr viele Windräder, Straßen oder andere Anlagen gibt.

Insgesamt kann es lohnenswert sein. Wenn wir mal bei der Energiewende bleiben, haben wir sicher noch sehr, sehr viele Entscheidungen vor uns. Dazu gehören auch Platzierungsentscheidungen. Wir müssen schauen, wo bestimmte Mechanismen geschaffen werden können. Letztlich führt uns das immer wieder zu einer Grundsatzfrage zurück, die aus meiner Sicht nicht am Beispiel der Windkraft zu lösen ist.

Klaus Schulze Langenhorst (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e. V.):

Ich habe eben vergessen, auf die Anzahl der Windkraftanlagen einzugehen. Merken Sie sich eine ganz einfache Zahl. Wir sind derzeit bei gut 31.000 Windkraftanlagen. Mehr brauchen wir in Deutschland nicht. Das ist eine Anzahl, die da schon steht. Alte Anlagen werden abgebaut, neue Anlagen kommen hinzu. Wir brauchen keine 100.000 Windkraftanlagen, um eine 100%-Versorgung hinzubekommen. Die Anlagen werden größer. Das ist einfach so. Sie können sich damit faktisch damit auseinandersetzen, was eine Windkraftanlage heutzutage produziert. Sie liegen an geeigneten Standorten schon bei 15 bis 20 Millionen kWh. Das ist also eine ganz andere Dimensionierung und es sind ganz andere Volllaststunden. Aber wenn man natürlich ewiggestrig in der Vergangenheit wandelt, hat man diese Erkenntnisse natürlich nicht.

Damit gehe ich zur Frage von Herrn Sundermann über, was die Landesregierung tun kann. Die Landesregierung kann endlich einmal das tun, was sie versäumt, seit sie im Amt ist. Sie kann nämlich in den Dialog mit uns treten und insbesondere die Artenschutzgruppe einbeziehen, die wir seinerzeit mit dem BUND, dem NABU, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und anderen Leuten hatten, um zusammensitzen, Lösungen zu erarbeiten und zu schauen, wie man weiterkommt.

Wir sind seit Jahren dabei. Zuerst sagt das Wirtschaftsministerium, es will. Dann fragen wir das Umweltministerium und es sagt, es will auch, aber das Lead sollte beim Wirtschaftsministerium sein. Das Wirtschaftsministerium kommt nicht in die Pötte. Entschuldigung. Das heißt, der Dialog findet nicht statt. Deswegen crasht man aufeinander zu. Das finde ich schade; denn eigentlich muss man miteinander reden und die nachhaltigen Fakten auf den Tisch legen, statt einfach zu sagen, die Bestände gingen

zurück, obwohl die Bestandszahlen laut „Grünkorn et al“ insbesondere 2016 gestiegen sind. Wir sollten nachhaltig und mit belastbaren Studien in diesen Dialog treten und nicht einfach polemisch behaupten: Das taugt alles nichts. Da werden die Vögel verschreckt usw. – Das sind strafrechtliche Taten. Ich glaube nicht, dass meine Kollegen Lust haben, dafür in den Knast zu gehen und Strafverfahren zu riskieren.

Es ist ganz, ganz entscheidend, die Windenergie nicht kaputtzureden. Sie ist nicht allheilgebend. Das ist ganz klar. Die Windkraft kann nicht alle Probleme lösen. Das kann die Photovoltaik auch nicht. Aber sehen Sie sich die Studien von Fraunhofer oder dem Öko-Institut an, die besagen, wie viele Windkraftanlagen und wie viel Strom wir brauchen, wenn wir alle Ziele erreichen wollen, und wie wir Energie umwandeln. Wir sind nicht so dumm, dass wir nur Energie produzieren. Wenn man das intelligent macht und es endlich mal schafft, noch ein paar Netze zu bauen, haben wir ein besser funktionierendes System. Aber das nur am Rande.

Ein Energiedialog kann insbesondere vor Ort helfen, wenn Probleme auftauchen. In Kombination mit einem Siegel ist das gut. Ein Siegel halte ich für sehr wünschenswert. Wenn wir das machen, müssen wir nur aufpassen, wie wir es gestalten. In den Nachbarbundesländern hatten die größten Projektentwickler, die nicht gerade für Bürgerwind bekannt waren, das Siegel zuerst. Das bringt uns nicht viel. Wir sehen schließlich beispielsweise im Kreis Steinfurt oder an vielen anderen Stellen im Münsterland Akzeptanz. Das heißt, man muss mehr Energiedialog vor Ort installieren und den Bürgermeistern und Bewohnern sagen, wie man die maximale Wertschöpfung in den Kreisen generieren kann. Steinfurt ist dafür immer wieder ein Beispiel. Wir werden nicht müde, das zu betonen. Die Akzeptanz liegt nicht bei 100 %. Das ist klar. So etwas bekommen wir heutzutage bei keinem Thema. Es gibt aber überwiegende Akzeptanz und Wertschöpfung. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Man muss schauen, wie man mit solchen Musterbeispielen, gegebenenfalls auch mit unterstützender Hilfe in den Regionen, solche Plattformen integriert und anbietet. Dazu gehört natürlich ein bisschen Arbeit und Unterstützung. Wir erwarten von der Landesregierung, das zu machen.

Stellv. Vorsitzender Matthias Goeken: Ich will Sie nicht abwürgen. Wir haben aber nur noch knapp 25 Minuten. Sie hatten nur zwei Fragen zu beantworten. Es tut mir leid.

Klaus Schulze Langenhorst (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e. V.): Okay, alles klar. Das Wichtigste habe ich gesagt.

Stellv. Vorsitzender Matthias Goeken: Danke schön. Ich habe vom Vorsitzenden die Liste bekommen, wie viele Frage noch gestellt worden sind. Es tut mir jetzt leid. Wir müssen spätestens um 15:25 Uhr hier raus sein. Damit bleiben für jeden noch drei Minuten. Es ist für mich als dem stellvertretenden Vorsitzenden nicht schön, dass ich Sie abwürgen muss. – Herr Dr. Schaefer.

Dr. Bernhard Schaefer (BDEW e. V., Landesgruppe Nordrhein-Westfalen): Ich schaffe die drei Minuten. – Herr Sundermann hatte mich gefragt, inwieweit eine Unterstützung des Landes sinnvoll ist. Ich zitiere mal aus der Energiestrategie der Landesregierung, von der ich, wenn ich das Windkapitel ausnehme, ein echter Fan bin. Da ist die Rede von Informations- und Kommunikationsangeboten der von der Landesregierung beauftragten geförderten Dienstleister- und Beratungseinrichtung. Das ist wahrscheinlich die EnergieAgentur.NRW. Das ist wahrscheinlich die Verbraucherzentrale. Ob Letztere beim Thema „Wind“ hilft, da bin ich mir nicht ganz sicher. Aber natürlich steht eine Landesregierung in der Pflicht, kommunikativ zu unterstützen. Das würden wir uns auch durchaus projektspezifisch wünschen.

Ich wünsche mir, dass man sich im Wirtschaftsministerium auf Leitungsebene für den Dialog engagiert, so wie Minister Pinkwart das offensichtlich schon mitunter tut. Nur so kommen wir voran.

Was kann die Landesregierung noch tun? Sie kann natürlich die Interpretation des LEP mal gerade rücken, sodass keine Missverständnisse zur Rechtsverbindlichkeit entstehen. Das habe ich eben schon gesagt. Ich verweise noch mal auf die Energiestrategie. Ich zitiere das mal:

„Mithilfe von Onlineangeboten ... werden die Informationen ... zur Verfügung gestellt ... Dadurch wird auch sichergestellt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien laufend verfolgt wird und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.“

Das ist jetzt. Wir sehen jetzt, dass der Ausbau der Erneuerbaren krachend einbricht. Jetzt ist die Zeit, Maßnahmen einzuleiten. Das steht hier drin. Das kann man umsetzen.

Herr Brockes fragte zum Zehn-Punkte-Papier. Das ist u. a. ein Zehn-Punkte-Papier des Bundesverbandes, wie Sie sicherlich gesehen haben. Ich bin für die Pressemitteilung nicht zuständig, möchte aber noch mal konkretisieren: Das sind die genannten grünen Verbände, plus VDMA, plus BDEW. Mit dem VDMA ist also durchaus auch jemand dabei, der eine gewisse FDP-Nähe hat. Natürlich sind nicht alle Verbände dabei. Die Aussage, dass das exklusiv die führenden Verbände sind, würde ich so auch gar nicht tätigen. Den BUND hätte ich mir vielleicht sogar vorstellen können. Ich weiß nicht, ob Gespräche geführt wurden. Den NABU kann ich mir wahrscheinlich nicht vorstellen. Uns allen, die wir hier sitzen und schon lange die Diskussion führen, ist bewusst, dass nicht alle Verbände auf derselben Seite sind. Natürlich gibt es weiterhin Diskussionsbedarf. Ich würde mir wünschen, dass man aufseiten der Verbände flexibel und diskussionsbereit ist. Wenn wir uns auf Jahre hinaus mit festen Positionen zu diesen Themen austauschen, kommen wir überhaupt nicht weiter. Wir müssen uns alle mal ein bisschen bewegen.

Wir haben uns als BDEW immens bewegt. Wir waren vor zehn Jahren knallhart für Kohle, knallhart für Kernenergie. Jetzt schauen Sie uns heute an. Das heißt nicht, dass sich jeder komplett verändern muss, aber ein bisschen können wir uns alle mal aufeinander zubewegen.

Harry Neumann (Naturschutzinitiative Nordrhein-Westfalen e. V.): Die Atomenergie war ja vor Jahren auch für Atomenergie und macht jetzt auf Erneuerbare. Aber gut, das war eine Randbemerkung. – Ich schaffe die drei Minuten auch.

Man kann natürlich die Millionen von Kilowattstunden nennen. Das ändert nichts an der fehlenden Effizienz. Da kommen wir über 18 % eben nicht hinaus. Das muss man einfach mal sagen.

Wir sind ein unabhängiger Naturschutzverband, der sich schwerpunktmäßig natürlich um die biologische Vielfalt und darum kümmert, welche Auswirkungen Eingriffe auf unsere Lebensräume und auf das gesamte Ökosystem haben. Deshalb will ich schnell die beiden Fragen beantworten.

Herr Brockes, der Leitfaden ist aus dem Jahre 2013. Er geht jetzt ins siebte Jahr. Er ist viel zu veraltet. Er ist überhaupt nicht an das neue Helgoländer Papier der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2015 angepasst. Er müsste dringend zumindest an das Helgoländer Papier angepasst werden. Das Vorsorgeprinzip müsste stärker berücksichtigt werden. NABU, Naturschutzinitiative und LNU sind drei Verbände in NRW. Der große BUND ist nicht dabei. Wir haben letzte Woche dazu eine gemeinsame Pressemitteilung rausgegeben und das Vorhaben der Landesregierung kritisiert, auf sogenannten geschädigten Waldflächen Windenergieanlagen zu errichten. Wir halten es für falsch. Es sind keine gefährdeten Waldflächen, sondern Forstflächen, und zwar Fichtenforstflächen. Wir müssen immer aufpassen, ob wir von Wald oder von Forst reden. Das ist ein Unterschied. Ich habe nichts gegen Forst, ich rede nämlich nicht der Deindustrialisierung das Wort. Ich bin schon der Meinung, dass wir eine Industriestruktur in unserem Land brauchen. Ich möchte nicht ins Mittelalter zurückfallen. Aber wir müssen trotzdem sorgfältig zwischen Wald und Forst – das sind im Grunde genommen Monokulturen – unterscheiden.

In dem Leitfaden müssen die wichtigen Lebensräume stärker geschützt werden. Das FFH-Vorsorgeprinzip müsste stärker zur Geltung kommen. Herr Brockes, diese sogenannten geschädigten Wälder, die nicht mehr vorhandenen Fichten, sind für die Waldbesitzer eine Katastrophe. Das ist mir völlig klar. Dafür habe ich Verständnis. Das ist eine Katastrophe. Aber das sind biologisch-ökologisch betrachtet mit unsere wertvollsten Flächen. Da kommt innerhalb von ein oder zwei Jahren ein solcher natürlicher Aufwuchs, eine solche Standortgerechtigkeit. Das führt naturschutzfachlich jetzt aber zu weit. Das sind ökologisch ganz wertvolle Flächen.

Es kann nicht sein, dass wir zu Recht das Abbrennen des Regenwaldes am Amazonas kritisieren und uns dafür einsetzen, dass das aufhört und der Regenwald geschützt wird, wenn wir gleichzeitig auf ökologisch hochwertigen Flächen in Deutschland Windindustrieanlagen bauen wollen. Übrigens sind wir diesen Menschen am Amazonas weit voraus gewesen, wenn Sie sich das evolutionsmäßig anschauen. Wir haben unsere Primärwälder schon länger gefällt. Wir haben nämlich keine Primärwälder mehr. Wir waren schneller als die Leute am Amazonas.

Sie fragten nach Klimaschutz und Artenschutz. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Man darf das nicht gegeneinander ausspielen. Es ist beides mindestens gleichwertig. Aber es gibt noch mehr als Klimaschutz. Es gibt den Schutz der Biodiversität, die auf dem

Sinkflug ist. Es gibt Artenschutz. Es gibt die Landwirtschaft mit ihren ganzen Problemen. Es gibt illegale Jagd. Was überhaupt nicht thematisiert wird, ist der Stickstoffeintrag insbesondere der reaktiven Stickstoffe aus der Luft. Das ist ein riesiges Problem. Eine Verkürzung der Energiewende auf Klimaschutz ist völlig falsch. Das lehnen wir ab, weil wir das gesamte ökologische System betrachten müssen. Dazu gehören auch viele andere Punkte.

Beim LANUV stellen wir fest, dass es immer wieder mal Bestrebungen gibt, beispielsweise bei unbeliebten Vogelarten wie dem Haselhuhn, von dem es noch wenige Restbestände hier in Nordrhein-Westfalen gibt, die Kategorien des Nachweises ganz einfach nach unten zu drücken und damit möglicherweise – das ist unser Verdacht – Anlagen möglich zu machen, weil man dann sagt, das ist kein N-I-Nachweis, sondern nur ein N-II-Nachweis.

Ein aktuelles Beispiel für kriminelle Handlungen ist der Fall Dahlem im Kreis Euskirchen. Dahlem dürfte hier sicherlich allen bekannt sein. Da ist während eines laufenden Gerichtsverfahrens ein Baum mit einem Rotmilan-Horst gefällt worden.

Dirk Jansen (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., Landesverband Nordrhein-Westfalen): Es wurde nach kriminellen Handlungen und dem Artenschutz gefragt. Wenn mein Vorredner hier den Eindruck erwecken möchte, quasi jeder potenzielle Windenergieanlagenbetreiber wäre ein Krimineller, dann ist das einfach durch die Faktenlage nicht gedeckt.

Die Verstöße, die es in Sachen Artenschutz gab, wurden, solange es die Stabsstelle „Umweltkriminalität“ noch gab, die leider von dieser Landesregierung gekappt worden ist, eindeutig dokumentiert. Diese Fälle waren immer zuzuordnen. Entweder waren es Landwirte oder Jäger, oder es waren Steinbruchbetreiber, die etwas gegen einen Uhu-Horst hatten. Aber Windenergieanlagenbetreiber waren in dieser Liste noch nicht vertreten. Insofern würde ich mir wünschen, dass die Diskussion generell versachlicht würde.

Das Forum Erneuerbarer Energien und Naturschutz ist vollkommen unverständlicherweise von dieser Landesregierung quasi in den Papierkorb der Geschichte expediert wurde. Das war ein Forum der anerkannten Naturschutzvereine in Nordrhein-Westfalen mit den Windenergieanlagenbetreibern, mit den Betreibern Erneuerbarer Energien, mit dem LANUV, mit der Landesregierung. Dort wurden die Konfliktfälle diskutiert und gute Lösungen erarbeitet. Der Leitfaden „Artenschutz“ ist dort diskutiert worden. Es ist vollkommen klar, dass dieses dynamische Instrument fortentwickelt werden muss.

Die überwiegende Meinung war, das Helgoländer Papier ist natürlich keine zu 100 % übertragbare Grundlage für die Situation in Nordrhein-Westfalen, sodass NRW-spezifische Lösungen erarbeitet werden müssen, die die Kollegen aus Rheinland-Pfalz und Hessen möglicherweise nicht so kennen. In Sachen Artenschutz können wir durch solche Instrumente jedenfalls wesentlich vorankommen.

Wo wir Artenschutzverstöße feststellen, wo sie uns regelmäßig begegnen und wo regelmäßig mit Hinweis auf die naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative über das

schon angesprochene Tötungsverbot hinweggesehen wird, das sind Straßenbauverfahren, das sind Verfahren zur Genehmigung von Freileitungen zur Anbindung von Kohlekraftwerken, das ist der Braunkohlentagebau. Dort wird in wirklich großem Stil gegen das Artenschutzrecht verstoßen.

Zu Windenergieanlagen auf Forstflächen: Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie diese einmalige Chance, zu einer mehrfachen Winner-Situation zu kommen, ungenutzt bleiben kann. Wir haben große Kalamitäten auf den Flächen, auf denen jahrzehntelang eine vollkommen falsche Wirtschaftsweise betrieben worden ist, auf Monokulturen, auf Fichtenforstflächen, die jetzt die ersten Opfer des Klimawandels sind. Wenn wir diese Flächen vorrangig für eine Generation von Windenergieanlagen öffnen würden, hätten wir die Chance, den Waldbauern ein Einkommen zu verschaffen. Gleichzeitig könnten damit die Finanzen dargestellt werden, um zu einer dem Klimawandel angepassten natürlichen Waldentwicklung auf den Flächen zu kommen. Das wäre eine Triple-Win-Situation: gut fürs Klima, gut für den Naturschutz und gut für den Waldbauern. Das sollten wir nutzen.

Frank Sondershaus (Fachagentur Windenergie an Land e. V.): Die erste Frage betraf das Thema „Akzeptanz“: Gibt es keine Akzeptanzprobleme, wenn Umfragen darauf hindeuten, dass eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft vorhanden ist? – Natürlich gibt es Akzeptanzprobleme vor Ort. Die Umfragen sind häufig bundesweit durchgeführt und repräsentativ. Sie spiegeln von daher die soziopolitische Akzeptanz wider. Frau Dr. Dütschke hat vorhin schon die unterschiedlichen Akzeptanzdimensionen auseinanderklamüsert.

Vor Ort kann es natürlich Widerstände und Probleme geben. Woher die rühren, haben wir schon zum Teil diskutiert. Allerdings ist die gesellschaftliche und politische Wahrnehmung des Widerstandes durchaus überproportional. Unsere Umfragen zeigen Jahr für Jahr, 80 % der repräsentativ Befragten sind für die Nutzung und den Ausbau der Windenergie zur Umsetzung der Energiewende. Das betrifft auch die Menschen vor Ort. Sie sind zu fast 80 % mit den Windenergieanlagen einverstanden. Man hat nie 100 %. Diese Zahlen liegen vor. Da äußern sich auch diejenigen, die sich vor Ort wegducken und nicht in die Konflikte reinziehen lassen wollen, eben die ominöse schweigende Mehrheit.

Auf der anderen Seite hat man „Fridays for Future“ und andere Diskurse, die virulent und sehr stark, aber an diesem Tisch nicht vertreten sind. Das ist Teil des politischen Tagesgeschäfts. Wem man begegnet, wenn man viel unterwegs ist, ist sehr unterschiedlich. Manche Bevölkerungsschichten haben die Zeit, um sich zu präsentieren. Von daher ist das eine vielschichtige Sache.

Vor Ort sind Windanlagen in der Regel gut akzeptiert. Die Belästigungen sind nicht in der Art und Weise vorhanden, wie es häufig den Anschein hat. Die Menschen sind belästigt, aber Windenergieanlagen sind häufig eben auch ein Symbol. Sie sind sehr weit sichtbar, sie sind neu und dort, wo lange nichts passiert ist. Wenn ansonsten vor Ort nichts passiert und nichts hängenbleibt, kann eben auch das Symbol der Ungerechtigkeit stark aufgeladen werden.

Ich habe schon einen zweiten Punkt angetippt, nämlich die Wertschöpfung der Kommunen. Wie soll sie orientiert sein? Auf jeden Fall geht es um eine sichtbare und gemeinwohlorientierte Investition der Mittel. Die Frage ist, woher die Mittel kommen, ob es Abgaben oder etwas ähnliches sind. Das ist eine Variante, die rechtlich immer stark angezweifelt wird. Es gibt auch andere Varianten über Einspeisekonzessionsabgaben, die dann allerdings zumindest auch Bestandsanlagen adressieren würde. Das wird wieder abgabenrechtlich angezweifelt. Vom Finanzvolumen her wäre das eine ganz andere Geschichte. Eine dritte Möglichkeit, die nicht so offensiv diskutiert wird, wäre die Möglichkeit, Kommunen mit Windenergie stärker staatlich zu fördern. Bei der Kohle wird es jetzt über die nationalen Klimaschutzinitiative getan. In Hessen gibt es ein Förderprogramm für Windenergiekommunen.

Letztendlich brauchen Kommune Anreize, um Windenergie gut vertreten zu können. Auf der anderen Seite brauchen Leute, die sich stark belästigt fühlen, vielleicht auch das Gefühl einer Kompensation, indem man an anderer Stelle die Lebensqualität aufwertet. Dann sind es sinnvolle Mittel.

Herr Sundermann sprach ein Roll-out an. Grundsätzlich wäre das absolut wünschenswert. In der Umsetzung erscheint es jedoch sehr schwierig. Die Flächen sind größtenteils vergeben. Die Flächeneigentümer sind letztendlich das entscheidende Glied.

Der Energiedialog kann vor Ort gehen, die Akteure vor Ort aber nicht ersetzen. Irgendjemand muss sich immer den Hut aufsetzen. Es muss jemand da sein, der das Thema offensiv und auch politisch vertritt und mit den Akteuren ins Gespräch kommt. Dann kann man auch noch mal gut in den Dialog mit der EnergieAgentur.NRW darüber kommen, was möglich ist. Ansonsten sind in dem Punkt eher die größeren bundespolitischen Maßnahmen relevant, die auch bei der Flächenvergabe ansetzen müssten.

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke (EIKE e. V.): Ich bin nach dem Beitrag Deutschlands zur CO₂-Einsparung bzw. dessen Wirkung gefragt worden. Das steht schon auf dem Server der Bundesregierung. Da war ich schon als Experte geladen und habe das veröffentlicht. Es ist eine ganz einfache Rechnung. Man kann die schlimmsten Annahmen des IPCC voraussetzen und sagen, es wird alles ganz, ganz schlimm und CO₂ ist ganz, ganz klimaschädlich. Deutschland verursacht 2 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Man kann dann hochrechnen und abschätzen.

Unter der Voraussetzung des deutschen Vorhabens, 80 % bis 2050 einzusparen, kommt an Temperaturminderung gemäß IPCC – das ist nicht meine Geschichte – 0,01 Grad, also ein hundertstel Grad zusammen. Vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung ist ähnliches errechnet worden. Da kommen 0,05 Grad raus. Das ist also gar nichts. Dafür geben wir bis 2080 Billionen Euro aus. Mir soll mal einer erklären, warum das sinnvoll ist.

Es geht um den berühmten Hockey-Stick. Die Klimaalarmisten sagen: Wir sind in einer gefährlichen Situation. Seit Christi Geburt war im Grunde genommen nichts los, es gab kaum Variation. Nachher ist es fürchterlich stark gestiegen. Es ist also ganz gefährlich.

Diese berühmte Kurve stand auch in dem IPCC-Bericht. Sie stammt von Herrn Michael Mann. Das ist ein Klimaforscher, der die Kurve aus Baumringen ermittelt hat. Das war

aber sehr fragwürdig. Er ist angegriffen worden. Es ist auch nachgewiesen worden, dass er Fehler gemacht hat. Aber er hat seine Daten nicht rausgerückt. Herr Timothy Ball, ebenfalls Klimaforscher, hat gesagt: Der Mann gehört eigentlich ins Gefängnis; er lügt. – Daraufhin hat Michael Mann eine Klage wegen Verleumdung eingereicht. Darin ging es um fast 1,5 Millionen Dollar. Diese Klage ist vom höchsten Gericht Kanadas abgewiesen worden. Michael Mann ist also verurteilt worden, weil er seine Daten nicht rausgerückt hat. Das beweist, dass die Klimaalarmisten wahrscheinlich lügen. Die Geschichte mit der Hockey-Stick-Kurve, die ein Hauptpfeiler der globalen Erwärmung ist, ist jetzt eigentlich vom Tisch. In den deutschen Medien liest man davon natürlich nichts. Ganz klar. Das ist auch sehr vielsagend.

Dr. Detlef Ahlborn (Bundesinitiative Vernunftkraft e. V.): Ich werde mich so kurz wie möglich fassen. Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst mal will ich eines klarstellen. Sie haben gerade gesagt, mit 30.000 Windkraftanlagen könne man dieses Land mit Strom versorgen. Fürs Protokoll: Das ist schlichter Unfug. Ich wiederhole: Unfug. Eine solche Anlage müsste Jahreserträge von 50 GWh erbringen. Das ist völlig illusorisch.

Ich bin gefragt worden, ob Repowering eine Lösung ist. Repowering bedeutet, größere Anlagen dort zu bauen, wo vorher kleinere Anlagen standen. Vom Grundsatz her kann man sich das durchaus vorstellen, sofern die entsprechenden Abstände eingehalten werden. Wenn eine Anlage repowert werden soll, die hinlänglichen Abstand hat und das 1.500 m sind, würde ich sagen, es möge so geschehen. Es gibt viele Fälle im Land, in denen Menschen lange Jahre neben Windkraftanlagen gewohnt haben. Erst nach dem Repowering haben die Menschen an Schlafstörungen usw. durch den permanenten Lärm gelitten.

Ich bin zur dezentralen Windkraft gefragt worden. Das ist auch so eine Vokabel, die durch die Gazetten und Studien geistert. Es gibt keine dezentrale Energiewende, weil es keine dezentralen Tiefdruckgebiete gibt. Tiefdruckgebiete sind flächendeckende Ereignisse. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne lokal produzierten Strom lokal verbrauchen. Windkraftanlagen haben eine Charakteristik, die dem prinzipiell entgegensteht. Für jeden von Ihnen – ich kann Ihnen nur empfehlen, darauf mal zu achten – ist offensichtlich, dass diese Windkraftanlagen die meiste Zeit stillstehen oder nur gemächlich vor sich hin trudeln. Das ist ein physikalisches Phänomen, das inzwischen bewiesen und im Prinzip seit über 40 Jahren bekannt ist.

Jetzt kommt was Persönliches: Ich bin Naturwissenschaftler und Ingenieur aus Leidenschaft. Ich muss Ihnen hier mal in aller Form sagen – und das meine ich ernst –, es ist für mich deprimierend, was wir mit diesem Thema treiben, dass sich auch wissenschaftlich vorgebildete Menschen daran beteiligen, eine Technologie zu betreiben, deren sicherster Betriebszustand der Stillstand ist, und zu glauben, man könnte mit Anlagen, die die meiste Zeit stillstehen, eine Stromversorgung aufbauen.

Wir Deutschen haben eine naturwissenschaftliche Tradition von Weltrang mit Geistern wie Rudolf Diesel, Nicolaus Otto und wie sie alle heißen, und dann machen wir so was. Das ist deprimierend.

Stellv. Vorsitzender Matthias Goeken: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen recht herzlich. Auf meinem Zettel steht die Schlusszeit 15:25 Uhr. Das halten wir fast ein.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und kündige gleichzeitig an, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 25. September stattfindet.

Hiermit schließe ich die Sitzung.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

gez. Matthias Goeken
Stellv. Vorsitzender

Anlage

30.09.2019/02.10.2019

73

Stand: 03.09.2019

Anhörung von Sachverständigen

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanzoffensive ermöglichen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/5616

am Mittwoch, dem 4. September 2019,
13.00 Uhr, Raum E 3 D 01**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Regional-Bündnis-Windvernunft e.V. Hubertus Nolte Bad Wünnenberg	Hubertus Nolte	17/1729
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI Dr. Elisabeth Dütschke Karlsruhe	Dr. Elisabeth Dütschke	17/1737
Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen Jan Dobertin Düsseldorf	Klaus Schulze Langenhorst	17/1745
BDEW-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Dr. Bernhard Schaefer Düsseldorf	Dr. Bernhard Schaefer	17/1742
Naturschutzinitiative e.V. Harry Neumann Quirnbach	Harry Neumann	17/1740
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen Dirk Jansen Düsseldorf	Dirk Jansen Klaus Brunsmeier	17/1741
Fachagentur Windenergie an Land e.V. Frank Sondershaus Berlin	Frank Sondershaus	17/1739

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
EIKE e.V. Professor Dr. Horst-Joachim Lüdecke Jena	Professor Dr. Horst-Joachim Lüdecke	17/1718
Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. Dr. Detlev Ahlborn Berlin	Dr. Detlev Ahlborn	---